

# Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 20.- Mt., auswärts 22.- Mt. Stellenangebote, Familienanzeigen, Stellenangebote, Vereins-, Verbands- und Wohnungs-Anzeigen 3.- Mt. Klein-Anzeigen pro Wort 0.20 Mt., das letzte Wort 1.00 Mt. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expediton Kurze 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlags- und Anzeigengeschäft: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141. Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expediton: Kurze 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Grubenstraße Nr. 3, durch die Zweigstellen, Abonnementgeschäft Reichstr. 11, Marktstraße 140, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. Abonnementpreis 2.00 Mt. monatlich 12.00 Mt. Durch die Post wöchentlich 300.- Mt., freibleibend. 2.00 Mt.

## Neue Mordpläne entdeckt!

### Mordkomplott gegen Wirth.

In der Freitagssitzung des Reichstages erklärte Reichstanzler Dr. Wirth aus Anlaß einer neuen Rede des deutschnationalen Abgeordneten Hergt und einer Mitteilung des Reichstagspräsidenten Lohde, daß für den Reichstanzler ein besonderer Schutz im Reichstag geschaffen worden sei, weil man neuen Mordplänen auf die Spur gekommen ist, folgenden:

„Zu den Ausführungen des Herrn Reichstanzlers, die meine Person betreffen, ist von mir aus keinerlei Veranlassung erfolgt, aber seien Sie sich über den Ernst der Situation durchaus klar. Die Nachrichten, die wir haben, und das ist auch bereits von einem der Berichtswörter bekannt worden — zeigen, daß wir mit neuen politischen Morden in Deutschland rechnen müssen. (Sitz! Hör! und große Bewegung im ganzen Hause.) Ich stelle das lediglich fest. Herr Hergt hat recht, man sollte es nicht glauben, daß dieser Wahnsinn des Ganzen in Deutschland nach dem Rathenau-Prozess noch einen Boden finden kann. Ich habe keinen Anlaß, hinter dem Berge zu halten. Was meine Person betrifft, so steht sie hier nicht zur Debatte. Die Herren rechts können glauben, daß mich ein schmerzliches Gefühl befallen hat, daß in einer Frage, die rein sachlich gefaßt werden kann, der Herr Reichstagspräsident, dem wir alle zu Dank verpflichtet sind (Beifall), heute in den Vordergrund der Debatte von Herrn Hergt gebracht ist. Herr Hergt hat gesagt, der Reichstagspräsident habe die Einheitsfront des deutschen Volkes verstoßen. Das ist geeignet, schwerwiegende Befürchtungen zu erwecken. (Sehr richtig! in der Mitte.) Wir haben in nächster Zeit alles zu tun, um die persönliche Seite hinter die sachlichen Probleme zurücktreten zu lassen. Ich habe die Politik und gerade die Außenpolitik, ohne Rücksicht auf die Parteien geführt. Ich war deshalb überrascht, daß heute die verächtliche Note angeschlossen worden ist, wie es auch Herr Stresemann bestätigt hat. (Ruf rechts: „Der Feind steht rechts!“) Wenn Sie wissen wollen, wie dieses Wort damals geäußert hat, dann lesen Sie das Stenogramm nach. Ich habe mich damals ausdrücklich gegen die Atmosphäre des Mordens gewandt, und die rhetorische Frage aufgeworfen: „Wo steht der Feind?“ und habe dann gesagt: „Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden des eigenen Volkes träufeln läßt. Wo dieser Feind steht, darüber ist kein Zweifel. Dieser Feind steht rechts!“ Darauf ist Sie (zu den Deutschnationalen) daran erinnern, daß in Ihrer Presse geschrieben worden ist, Rathenau sei deshalb zur Strafe gebracht worden, weil er den Vertrag von Rapallo abgeschlossen hätte? Hat es einen Wert, daß wir heute diese neue Atmosphäre des persönlichen Kampfes zu Beginn dieses Winters eröffnen, der für das ganze deutsche Volk furchtbare Ausfichten bietet? Beteiligen Sie (nach den Deutschnationalen) sich lieber an der sachlichen, ruhigen Erwägung dieser Vorlage und stehen Sie hinter uns, wenn es sich darum handelt, jede Gewalttat in Deutschland abzuwehren. Vom ersten Tage meiner Amtsführung an war ich von dem Haß der Wimmen nachziehenden Kreise verfolgt. (Sehr wahr! links und im Zentrum.) Die Rat des Vaterlandes ist übergrößer. Die Schatten, die von außen auf uns fallen, sind tiefenhaft. Ich habe auf dem Industrie- und Handelsstand die Rolle ausgeübt: Das ganze Volk soll es sein, wenn es sich darum handelt, den Kampf gegen Hunger und Elend aufzunehmen. Und nun ist diese meine Einladung von Herrn Hergt mit dieser geistigen Rede beantwortet worden. (Lebhafte Beifall links und in der Mitte. Sitzten rechts.)

### Bayerische Rachejustiz gegen Feschenbach!

Das Münchener Volksgericht hat in dem Landesverratsprozess gegen Feschenbach, Sembke und Dr. Gargas gestern folgendes, einstimmig (!) gefällte Urteil verkündet: Der Angeklagte Felix Feschenbach wird wegen eines Verbrochens des vollendeten Landesverrats (in keiner Weise erwiesen! Red.) und eines Verbrochens des versuchten Landesverrats (ebenfalls nicht erwiesen! Red.) zu einer Gefängnisstrafe von 11 Jahren verurteilt. Zwei Monate Untersuchungshaft werden angerechnet. Dr. Gargas wird wegen versuchten Landesverrats zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Auch ihm werden zwei Monate Untersuchungshaft angerechnet. Der Redakteur der „Dtsch. Wtg.“, Karl Heinz Sembke, wird wegen versuchten Landesverrats zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Ein Monat Untersuchungshaft wird angerechnet. Den Zurückgebliebenen werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre aberkannt.

Der „Vorwärts“ nennt das Urteil gegen Feschenbach und seine Mitangeklagten ein Verbrechen und fragt, ob die Herausgabe eines ähnlichen Dokuments die heißt vom Auswärtigen Amt herausgegebenen, um zu einem „nicht-hausmündigen, ohn- inbringenden Verbrechen“ geworden sei. Die Schädigung deutscher Interessen durch das Urteil sei so groß, daß dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages die Pflicht erwachse, sich unverzüglich mit der Frage zu beschäftigen, was zum Schutze der Reichstagsmitglieder gegen eine tödlich gewordene Justiz getan werden kann.

### Der Kampf um den Brotpreis.

Die Verhandlungen über die Preise des Umlagegetreides im Volkswirtschaftlichen Ausschuss, die gestern abend nach dem Plenum stattfanden, haben zu einer gefährlichen Verschärfung der politischen Situation geführt. Bei der Abstimmung wurde gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion, eines Mitgliedes der Demokraten und zwei Mitglieder des Zentrums, folgender Antrag des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei angenommen:

„Der Preis für das erste Drittel der Umlage wird berechnet nach dem um 25 v. H. ermäßigten Durchschnittslandmarktpreise des Getreides in den Monaten September, Oktober.“

Außerdem ein Antrag des Zentrums: „Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Umlagenmenge entsprechend herabzusetzen, wenn nach dem Ergebnis der Feststellung der Ernteerträge die Aufbringung einer Umlagenmenge von 2 1/2 Millionen Tonnen nicht möglich erscheint.“

Gegen beide Anträge hatte der Ernährungsminister sehr die schwersten Bedenken geltend gemacht und sie für untragbar für die Regierung erklärt. Trotzdem entschied sich die Mehrheit der bürgerlichen Parteien für sie.

Der Antrag, die Preise nach dem Durchschnittslandmarktpreis in den Monaten September und Oktober festzusetzen, bedeutet bereits jetzt für Weizen einen Preis von 66 000 Mark die Tonne, für Roggen einen solchen von 67 357 Mark. Bei weiterem Sturz der Marktpreise würde sich dieser Preis noch wesentlich erhöhen und somit wahrscheinlich das Bierfache des Preises betragen, den die Reichsregierung vorge schlagen hat.

Ebenso gefährlich ist der Antrag, die Umlagenmenge je nach dem Ergebnis der Ernte herabzusetzen. Er enthält den Anreiz und die Aufforderung, bei den Angaben über den Ernteausfall noch mehr unrichtige Zusätze zu machen, als das jetzt bereits geschieht. Seine sichere Folge wäre ein noch stärkerer Sturz der Ablieferung von Umlagegetreide, die Notwendigkeit zu vermehrter Einfuhr aus dem Auslande, ein gemaltiges Steigen des Brotpreises, wenn die Einfuhr unmöglich ist, vielleicht sogar der völlige Zusammenbruch der Brotversorgung in wenigen Wochen, wenn die fremden Zahlungsmittel dafür fehlen.

Die Annahme dieser Anträge schaffte eine außerordentlich ernste politische Situation. Für die Sozialdemokratie sind beide Anträge untragbar.

### Frankreich trotz Sinnesvertrag unmachgiebig.

Die Denkschrift der französischen Regierung über die Reparationsfrage ist der Reparationskommission am Freitag überreicht worden. Zunächst weist die Denkschrift auf den Gegensatz zwischen dem Finanzgrund des Reiches und dem Gewinn der deutschen Industrie hin und legt dann fortwährend ganz offen, daß, wenn nicht energische Heilmittel gefunden und angewendet werden, die deutsche Regierung bald ihren Bankrott erklären müsse. Frankreich sei bereit, diesen Frankentwiler einer internationalen Konferenz zur Beratung zu übergeben. Die Erklärungen mit Zahlungsausschüssen für die Reparationskommission seien negativ gewesen. Sie hätten nur bewiesen, daß man auf den guten Willen Deutschlands nicht zählen könne. Heute sei es vor allem notwendig, durch vollkommenes Verbot der Reimportation das deutsche Budget ins Gleichgewicht zu bringen und die Mark stabilisieren zu helfen. Eine strenge Kontrolle über das deutsche Budget, ebenso über die Budgets der deutschen Einzelstaaten wird daher gefordert. Diese Kontrolle soll sich nicht nur auf das Einblausrecht beschränken, sondern so weit gehen, daß durch sie rückwärts alle Ausgaben Deutschlands unterdrückt, eingeschränkt und verlagert werden können. Folgende Maßnahmen werden vorgeschlagen: „Das Garantiefomitee, das seinen Sitz nach Berlin verlegt, kann der Regierung die Anwendung bestimmter Maßnahmen verbieten und Maßnahmen zur Kontrolle der deutschen Einnahmen und Ausgaben sofort durchzuführen. Die deutschen Ausleihzahlungen werden sofort abgebrochen, ebenso die Ausgaben zur Besserung der Industrie. Anteile dürfen nur mit Genehmigung des Garantiefomitees anferlegt werden.“

### Die Entwertung des russischen Rubels.

Während die deutsche und die österreichische Währung im Verhältnis zu den Weltmarktpreisen „unterwertet“ sind, das heißt ihre Kaufkraft im Inland eine größere ist als auf dem Weltmarkt, die polnische Währung ist, zeitweise unterwertet, kann man beim russischen Rubel merklich überwertet von einer Überwertung auf dem internationalen Markt sprechen. So kostete vor einiger Zeit ein Dollar 4 Millionen Rubel, und es konnte leicht festgestellt werden, daß um einen Dollar auf dem Weltmarkt viel mehr zu kaufen war als in Rußland um 4 Millionen Rubel. Ein Ausgleich konnte durch Verkauf von Rubel aus dem Grunde nicht stattfinden, weil der russische Weltmarkt von den übrigen abgetrennt ist. Diese Tatsache kommt noch klarer zum Ausdruck, wenn man die gegenwärtigen Inlandspreise in Rußland auf Goldpreise umrechnet. Wenn wir die gegenwärtigen Preise in Deutschland oder Österreich in Gold umrechnen, ergibt sich, daß diese bedeutend geringer sind als vor dem Kriege. Umgekehrt in Rußland, wo sich die Goldpreise für Lebensmittel und Industrieartikel gewaltig erhöht hatten. 1918 kostete ein Pfund Getreide 3 Goldrubel, im Mai 1922 7,2 Goldrubel; Rindfleisch das Pfund 85 Rubel statt 19 im Jahre 1913; Zucker 40,4 Goldrubel statt 13; Getreide 25 statt 15; ein Paar Stiefel 1636 statt 700. Nur Kartoffeln und Petroleum sind in Gold billiger als vor dem Kriege. Demnach ist Rußland ein teures Land, wahrlich ein teures Land in Europa.

Ein Dollar (vorher) 4106 Mt.

### Aus dem Schlesiischen Sejm.

(Von unserem ständigen Korrespondenten.)

Kattowitz, den 20. Oktober 1922.

Es dürfte wohl kaum in Deutschland einen ernsthaften Politiker gegeben haben, der große Hoffnungen auf die Arbeiten des ersten Schlesiischen Sejms gesetzt hätte. In seiner gegenwärtigen Konstellation ist dieses Parlament, mit Ausnahme des Deutschen Klubs, in seinem ganzen Wesen deutschfeindlich und zwar vom Nationalen Block Korjantys bis zur Vinizakewitzschen P. R. S. Jede der Parteien bemüht sich bei jeder Gelegenheit in Deutschfeindlichkeit zu überreifen und so muß naturgemäß das Deutsche, welches man noch nicht vernichten konnte, den Sündenbock abgeben.

War auch eine großzügige Eröffnung angeklagt, so wurde sie aus noch unverständlichen Gründen nicht ganz durchgeführt, weil man hier mehr wie einen Minister aus Warschau nicht hören wollte, das heißt, Korjantys wollte es nicht dulden, daß sich die Pilsudskischen Anhänger bei der Eröffnung populär einführen. Die Verlesung des Eröffnungsbekretes war auch danach. Man sparte nicht, wie während des Plebiszits, mit Verprechungen und wollte man nur einige erfüllen, so wird man Jahrzehnte darauf warten müssen. Also schon bei der Eröffnung des Sejms machte sich die Diktatur Korjantys geltend und er beherrschte und beherrschte auch heute den ganzen Sejm, zumal sein Einfluß bei allen polnischen Fraktionen ausschlaggebend ist. Mit seiner Hilfe wurde sein Freund und Vertrauter, Rechtsanwalt Wolny, Sejmarschall, Korjantys führte unter den Parteien den nötigen politischen Rückhalt und es ging bisher alles wie am Schnitzbrett und nach Wünschen des Diktators, der von Oberkloster auch Warschau gewaltig zu beeinflussen bestrebt sein wird. Leider hat auch ein Teil des Deutschen Klubs für den früheren Plebiszitkommissar Wolny gestimmt, der sich auf die Liste des Nationalen Blocks lieg, gleichzeitig aber unparteiisches Mitglied polnischerseits in der Gemischten Kommission des Herrn Calonder ist. Von diesem Sejmarschall kann kein ernstlicher denkender Mensch eine unparteiische Geschäftsführung verlangen, denn der Hüter der Gleichberechtigung stand als Kandidat auf der Liste Korjantys, die in ihrem Wahlprogramm erklärte, daß Oberschlesien nie ein zweisprachiges Land werden darf. Das zu einer Zeit, wo diese Gleichberechtigung der deutschen Minderheit im Genfer Abkommen zugesichert ist. Die bisherige Geschäftsführung des Sejmarschalls hat genügend bewiesen, daß er nicht aus seiner polnisch-nationalistischen Haut heraus kann.

Schon in der zweiten Sitzung des schlesiischen Parlaments kam die Deutschfeindlichkeit offen zum Ausdruck, als die polnischen Parteien geschlossen gegen die Anträge des Deutschen Klubs stimmten, die die Beseitigung einer Ausnahmegegebung gegen die Deutsche Minderheit festlegten. Nach Artikel 2 der Geschäftsordnung, darf Sejmarschall nur ein Angehöriger der polnischen Nationalität werden, polnische Staatsbürger anderer Nationalität sind grundsätzlich ausgeschlossen. Ein weiterer Paragraph der Geschäftsordnung verbietet den Gebrauch der deutschen Sprache in Kommissionen und bei Einreichung von Anträgen. Lediglich im Plenum ist der Gebrauch der deutschen Sprache den deutschen Abgeordneten erlaubt. Dies bedeutet, daß man die Mitglieder des Deutschen Klubs, von der inneren Arbeit in den Kommissionen ausschalten wollte. Der Deutsche Klub ist aber in der angenehmen Lage für die Kommissionen genügend Mitglieder, die die polnische Sprache beherrschen, zu stellen, so daß der erste Anschlag der polnischen Parteien mißlungen ist. Aber leider werden die Druckfäden des Sejms den deutschen Abgeordneten nur in polnischer Sprache zugestellt, so daß die Uebersetzungen eine mühselige Arbeit für die Abgeordneten bedeuten. Bei der Abstimmung stimmten der Polnisch-sozialistische Klub mit der Korjantys-Partei geschlossen gegen die Ausnahmegegebung gegen die Deutschen. Diese Geschäftsordnung lebten die Mitglieder des Deutschen Klubs geschlossen ab. Dies geschah wahrlich mit vollem Recht, da die zwei Artikel der Geschäftsordnung nichts anderes wie einen Bruch der polnischen Verfassung und des Genfer Abkommens bedeuten. Aber das schert die polnischen Parteien absolut nichts.

Bei der Besprechung der Regierungserklärung in der dritten Sejmung benutzte Korjantys die Gelegenheit nochmals um gegen das Deutsche zu gehen, von der polnischen Knechtschaft zu sprechen und deutschen Boden, die das polnische Volk jenseits der Grenzen Schlesiens nach wie vor unterdrücken. Er versprach ihnen, daß die Gefühle des polnischen Volkes immer den noch nicht getretenen Weg im demnächstigen Sejm gehen werden.







Ich stelle namens der Deutschnationalen Partei fest, daß solche verbrecherischen Maßnahmen keine Entschädigung, keine Duldung, keine Unterstützung und keine Schonung bei uns finden werden.

Präsident Eise stellt fest, daß er keine Beschuldigung gegen irgend eine Partei erhoben hat, es aber für notwendig hielt, darauf hinzuweisen, daß die Debatte so geführt wird, daß von ihr aus keine neue Erklärung im Volke entsteht.

Es folgt dann die Erklärung des Reichsanwalters Dr. Wirth, die wir an anderer Stelle wiedergegeben haben.

Präsident Eise: die Debatte ist wieder eröffnet!

Herr Seyditz (Dnt.): Der Reichsanwalt hat wiederholt ausgesprochen, daß er meine persönlichen Angriffe bedauere. (Große Unruhe auf der äußersten Linken. — Präsident Eise ersucht wiederholt, die parlamentarische Ordnung innezuhalten.) Ich bin mir bewußt, vollkommen sachlich gewesen zu sein. Ich habe nur einen unparteiischen Reichspräsidenten gefordert und nachzuweisen versucht, daß der gegenwärtige Reichspräsident an die Sozialdemokratische Partei gefesselt ist und nur als Parteimann handeln kann. Sollte der Kaiser recht, dann wäre hier überhaupt keine sachliche Kritik möglich.

Herr Fehrenbach (Ztr.): Ich habe im Weipziger Prozeß ausdrücklich die Deutschnationalen Partei ausgeschlossen. Sie sollte aber auf die ihr naheliegenden und im Parlament nicht vertretene Kreise einwirken. Schüler und Lehrer mußten gewahrt haben, von welcher Qualität Schulunterricht war, und es wäre Pflicht gewesen, gegen ihn vorzugehen. Wenn ich Studienrat fragte, ob er noch Schüler des Gymnasiums sei, so war das wirklich eine Frage aus der Not der Zeit heraus. (Sehr richtig!) Wenn ich bemerkt habe: „das sind ja tolle und gemeingefährliche Zustände!“, so war das ein Gedanke, der jedem christlichen Patrioten kommen mußte. (Zu- ruf rechts: „An welche Adresse wenden Sie sich?“) An Ihre! (nach rechts.) Wenn festgestellt ist, daß Schulen von achtzehn Jahren und noch dazu gemeinlich mit Vater und Mutter, sich in dieser Weise politisch betätigen, dann ist damit gleichzeitig festzustellen, daß es sehr schlimm in den deutschen Volk aussteht. Der Rufel Lehmann hat an Hand von Briefen gezeigt, wie groß die moralische Verfallung in gewissen Kreisen der deutschen Nation ist. Speziell in Ihrer Presse (nach rechts) ist dieser Sach unter- drückt worden. (Hört! Hört!) Wenn Sie es wirklich ernst meinen, dann müssen Sie auch ernster vorgehen als jetzt. (Beifall in der Mitte.)

Damit ist die erste Beratung erledigt. In zweiter Lesung wird der Antrag der Koalitionsparteien und Volkspartei gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Kommunisten angenommen. Die dritte Lesung findet Dienstag statt.

## Eine Severing-Rede im Landtag.

Der Herr Reichsanwalt kam zu Beginn der Landtagssitzung Innenminister Severing

zu Wort: Im Laufe der Debatte hat ein Abgeordneter bemerkt, es wäre besser gewesen, wenn man sich mit der Unterdrückung der Vorgänge vor dem Zirkus Buch mehr Zeit gelassen hätte. Ich glaube aber, daß in unserem Falle Verdrängung schlechter ist als die. Es gibt, trotz Klarheit zu schaffen. Ich will in keiner Weise irgend etwas an den Vorgängen am Zirkus Buch beschuldigen, aber ich wehre mich mit Entschiedenheit gegen jede Verbreitung der Vorgänge.

(Zurufe v. d. Kommunisten: „Die Faschisten rufen!“) Meine Herren Kommunisten, am allerwenigsten verstehe ich Ihre Erregung. Sie mühen sich doch auf irgend etwas gefaßt machen. Sie wissen, daß die Zirkus Buch Angelegenheit, an das die Sprüche erinnern: „Wer sich in Gefahr begibt, kommt in ihr um!“ Der Abgeordnete der Faschisten hat am Donnerstag gesagt, er kenne den Charakter der faschistischen Organisationen sehr genau. Ich glaube das nicht ganz; denn die Kommunisten rechnen alles, was nicht von ihnen her, einfach zu den Widerorganisationen. Dieses geistliche und grobe Verfahren erschwert eine gute Kenntnis der Dinge. Die Kommunisten betonen, sie können nicht auf die Tatsachen und sachliche Regierung sich verlassen, sie mühen sich auf Selbsthilfe zu setzen. Die Regierung schließt nicht! Ich bin nicht sorglos, aber ich wehre mich nicht hysterisch. Wo wirkliche Gefahr im Anzug ist, wird zugegriffen.

Ich bin nicht in der Lage, auf die Staatsanwaltschaft einzuwirken, damit sie die Verhafteten wieder frei läßt. Auch durch Pressionen auf mich ist das nicht zu erreichen.

## Der Bund für Freiheit und Ordnung

ist eine Stelle, in der nach meiner Überzeugung mindestens soviel aufgeführt wird, wie bei den Kommunisten. Er hat sein Programm geschrieben: Stärkung der Autorität der Behörden. Wie diese Stärkung aussieht, geht aus den Worten hervor, die ein Redner im Zirkus Buch sprach, indem er behauptete, wenn die Regierung sagt, durch die Erfüllungspolitik habe sie das Kupfergesetz gestiftet, so ist dieses Gesetz absolut falsch. Die Bekämpfung aller auf Verletzung des Volkes gerichteten Bestrebungen steht als zweiter Punkt auf dem Programm. Das wird so verstanden, daß vor allem die Befreiung vom „Judenjoch“ und vom Verfall der Verfassung nötig ist. Was man würde man zu gegebener Zeit von einem anderen Lande erhalten. Der antijüdische Polizeibericht über die Verfassung meldet, daß auf die Höhen joller und auf den Kaiser ein Hoch ausgedrückt wurde, in welches die Anwesenden begeistert einstimmen. In einer Versammlung dieses Bundes am 4. März 1922, in der ein Generalleutnant v. Hülse an Redner auftrat, wurden in der anschließenden Aussprache Anträge wegen Organisation des Selbstschutzes oder der Selbsthilfe an den Vorstand gerichtet, der aber keine Antwort gab, weil sich der Gegenstand dafür nicht eignet, der aber auf die Geschäftsführung verweist, wo man näheres erfahren könne. Dem Bunde hat sich in letzter Zeit als besondere Abteilung eine Gruppe angeschlossen, die aus dem Verband nationaler Soldaten entstanden ist. Diese Abteilung ist so nahe dem dem Polizeipräsidenten die Hilfe des Saalkreises anzubieten. (Große Heiterkeit links.) Welche Position wird der Staatsregierung angewiesen, wenn sie ihre Organe von diesem extrem rechtsgerichteten Elementen unterstützen lassen soll!

Die Verfassung gibt das Versammlungsrecht nur denen, die sich friedlich und ohne Waffen versammeln. Die Berliner Polizei hat infolgedessen verlangt, als die Offiziere der Gruppe Mitte sich auf die Versammlungspsychologie nicht eingestellt haben. Wenn in den Zeitungen gestanden hat, daß eine Partei eine angeordnete Versammlung sprengen will, die um 10 Uhr angelegt ist, dann genügt es nicht, daß um 10 Uhr die Schaulustigkeit antritt, dann muß man früher aufstehen, und auch der Polizeipräsident muß früher aufstehen. Der Polizeipräsident hat geglaubt, die Versammlung gestatten zu müssen und hat daraus schändliche Konsequenzen gezogen. Es ist nicht Aufgabe des Polizeipräsidenten, selbst Warnungen zu erlassen; Warnungen sollten ergehen. Sie sind aber von der Presse nicht veröffentlicht worden. Der Berliner Polizeipräsident hat keine Verdienste. Er hat aber damit, daß er hinterher die öffentlichen Vorgänge durch seine Presseveröffentlichungen mehr verteidigt, als nötig war, den Eindruck erweckt, als ob er wirklich einen Teil der Schuld trage. Daß die Polizei nicht zur Ruhe kommt, daran ist Ihre Richtung (nach rechts) mit schuldig. Wer immer nur das Schwert im Munde führt, wer zum Kampfbereitschaft aufsteht und die Waffen dazu im Geiste schon von anderen Wölfen pumpt, der trägt auch hier die Urunde.

## Was die Maßnahmen für die Zukunft!

(Herr Reichsanwalt: Kommunistenverfolgungen!) Fällt mir gar nicht ein! Sie sollen sich selbst um jeden Kredit bringen! (Heiterkeit v. d. Mehrheit.) Ich verzichte auf das Mittel, von der Parlamentaristik herab zu erklären, daß dieser oder jener Beamte verfehlt wird. Veränderungen sind notwendig. Im Zentrum Berlin können nur Herren ihres Amtes walten, die mit der Versammlungspsychologie einverstanden sind. Aber die bisherigen Beamten aus der Polizei ganz zu entfernen,

hätte ich nicht für richtig. Bei politisch unbestimmten Gruppen soll in Zukunft die Versammlungsunterstützung nur erteilt werden, wenn sie die Gewähr dafür bieten, daß die Teilnehmer sich friedlich und unheimlich versammeln. Ich bin Optimist genug, an den Sieg der Vernunft auch noch bei Ihnen (v. d. Komm.) zu glauben. Statt von der Dagelei spricht Herr Reichsanwalt immer von Faschisten. Die Faschisten sind Sie (v. d. Komm.); denn es macht keinen Unterschied, ob der Terror von rechts oder von links kommt. Aber wenn Sie die Faschisten nur rechts sehen, dann gebe ich Ihnen zu bedenken, daß Ihr Versammlungsterror mehr als alles andere geeignet ist, diese Faschisten herauszuwickeln. In die Rechte richte ich dieselbe Mahnung: Wenn es Ihnen ernst ist mit der Aufrechterhaltung der Staatsautorität, dann verzichten Sie auf jede Selbstschutzbewegung. Selbstschutz ist nur Selbstbetrug und Selbstschädigung. Raub geht am eigenen Gut, wer selbst sich hilft in seiner eigenen Sache. (Beifälliger Beifall.)

Nach dem Innenminister wies dann noch einmal unser Genosse Gerschütz die Angriffe auf den Berliner Polizeipräsidenten wirkungslos zurück. Was rief dann Herr v. Kardoff von der Volkspartei auf den Plan, um erst recht den Kopf des Berliner Polizeipräsidenten zu fordern. Nach Wiederholung kommunistischer Reden durch Schulz-Mendelsohn vertagte sich dann das Haus.

## Der Schutz der Republik in Preußen.

Der augenblickliche Stand.

Die Abwehr der Republik gegen Ausschreitungen der politischen Agitation, wie wir sie in den vergangenen Jahren erlebt haben und wie sie ihre entsetzliche Auswirkung in den Wörtern untreuer Korrupter und ihrer Unterstützung durch Geheimorganisationen gefunden haben, vollzieht sich nach den gegenwärtig geltenden Bestimmungen auf zwei Wegen. Von den zwei Bestimmungen, die der Reichspräsident auf Grund des § 48 der Reichsverfassung am 28. Juni d. J. erlassen hat, befindet sich die eine, über das Verbot bestimmter Versammlungen, noch in Kraft; in ihr sind die Versammlungen von Angehörigen ehemaliger Truppenteile sowie die Regimentsfeiern untersagt. Die andere Bestimmung, „zum Schutze der Republik“ ist Ende Juli außer Kraft gesetzt worden, nachdem sie durch das am 21. Juli vom Reichstag angenommene „Gesetz zum Schutze der Republik“ ersetzt worden war.

Während durch das Gesetz zum Schutze der Republik eine feste gesetzliche Grundlage für die Abwehr einer verbrecherischen und verwerflichen erregenden antirepublikanischen Betätigung geschaffen worden ist, und in ihm auch die den Verwaltungsbehörden erforderlichen Befugnisse zur Unterbindung einer derartigen schädlichen oder mündlichen Agitation genau umschrieben sind, hat die Verordnung über das Verbot bestimmter Versammlungen bis in die letzten Tage hinein die unangenehmsten Nachteile mit sich gebracht. Nicht daß ihre Anwendung in den verschiedenen Ländern gundverschieden gehandhabt wurde, ist besonders bemerkenswert, denn auch die Anwendung des Schutzes durch die verschiedenen Landesregierungen ist ungleichmäßig. Die von einer sehr entschiedenen Auslegung in Sachen und Thüringen bis zu einer kaum merkbaren Praxis in Bayern auseinanderlaufen. Der Unterschied liegt hauptsächlich darin, daß die Anwendung der Verordnung, die ja im Gegensatz zu dem auf fünf Jahre erlassenen Schutzgesetz nur für eine verhältnismäßig kurze Zeit bestimmt ist, durch die Verwaltungsbehörden des Landes in der Richtung einer allmählichen Milderung, ja eines fast vollkommenen Abbaues gehandhabt worden ist, wohl um einen gewissen Milderung von ihrer ursprünglichen Handhabung im Beginn zu ihrer in absehbarer Zeit bevorstehenden völligen Aufhebung zu finden. So wurde auf Grund der Verordnung, unter die in erster Linie die Krieger-, Militär- und Kameradenvereine nach der Auslegung der meisten Landesregierungen der genannten Vereinigungen für verboten erklärt. Nach kurzer Zeit wurde eine Milderung dahingehend getroffen, daß Sitzungen der Vereinsmitglieder in rein geschäftlicher Natur freigegeben wurden. Es folgte die Erlaubnis der geschlossenen Teilnahme an der Besichtigung von Vereinsmitgliedern unter gewissen auf das Waffentragen, die Vereinsfahne und das Zeigen von schwarz-weiß-roten Farben bezüglichen einträglichen Bedingungen und die Genehmigung von Veranstaltungen gesellschaftlicher Natur, wenn diese in geeigneten Räumen stattfanden und nur den Mitgliedern zugänglich waren. Die letzte Ausführungsverordnung des Ministeriums des Innern schließlich vom 29. September läßt auch gesellschaftliche Veranstaltungen bei Beilegung von Gästen und im freien, allgemein einwilligen Einverständnis der Teilnehmer durch Kriegervereine und verleiht lediglich nach dem Zeigen aufrechter Fahnen und das Mitführen von Waffen außer denen der Gewehrbesitzer. Damit sind Sitzungsstelle, Halle, Denkmalswachen usw. der Kriegervereine so gut wie bedingungslos wieder freigegeben, so daß für diese eine Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten an dem tatsächlichen Zustand in Preußen kaum noch etwas ändern würde.

## Der Schutz der Republik in Preußen.

Der augenblickliche Stand.

Die Abwehr der Republik gegen Ausschreitungen der politischen Agitation, wie wir sie in den vergangenen Jahren erlebt haben und wie sie ihre entsetzliche Auswirkung in den Wörtern untreuer Korrupter und ihrer Unterstützung durch Geheimorganisationen gefunden haben, vollzieht sich nach den gegenwärtig geltenden Bestimmungen auf zwei Wegen. Von den zwei Bestimmungen, die der Reichspräsident auf Grund des § 48 der Reichsverfassung am 28. Juni d. J. erlassen hat, befindet sich die eine, über das Verbot bestimmter Versammlungen, noch in Kraft; in ihr sind die Versammlungen von Angehörigen ehemaliger Truppenteile sowie die Regimentsfeiern untersagt. Die andere Bestimmung, „zum Schutze der Republik“ ist Ende Juli außer Kraft gesetzt worden, nachdem sie durch das am 21. Juli vom Reichstag angenommene „Gesetz zum Schutze der Republik“ ersetzt worden war.

Während durch das Gesetz zum Schutze der Republik eine feste gesetzliche Grundlage für die Abwehr einer verbrecherischen und verwerflichen erregenden antirepublikanischen Betätigung geschaffen worden ist, und in ihm auch die den Verwaltungsbehörden erforderlichen Befugnisse zur Unterbindung einer derartigen schädlichen oder mündlichen Agitation genau umschrieben sind, hat die Verordnung über das Verbot bestimmter Versammlungen bis in die letzten Tage hinein die unangenehmsten Nachteile mit sich gebracht. Nicht daß ihre Anwendung in den verschiedenen Ländern gundverschieden gehandhabt wurde, ist besonders bemerkenswert, denn auch die Anwendung des Schutzes durch die verschiedenen Landesregierungen ist ungleichmäßig. Die von einer sehr entschiedenen Auslegung in Sachen und Thüringen bis zu einer kaum merkbaren Praxis in Bayern auseinanderlaufen. Der Unterschied liegt hauptsächlich darin, daß die Anwendung der Verordnung, die ja im Gegensatz zu dem auf fünf Jahre erlassenen Schutzgesetz nur für eine verhältnismäßig kurze Zeit bestimmt ist, durch die Verwaltungsbehörden des Landes in der Richtung einer allmählichen Milderung, ja eines fast vollkommenen Abbaues gehandhabt worden ist, wohl um einen gewissen Milderung von ihrer ursprünglichen Handhabung im Beginn zu ihrer in absehbarer Zeit bevorstehenden völligen Aufhebung zu finden. So wurde auf Grund der Verordnung, unter die in erster Linie die Krieger-, Militär- und Kameradenvereine nach der Auslegung der meisten Landesregierungen der genannten Vereinigungen für verboten erklärt. Nach kurzer Zeit wurde eine Milderung dahingehend getroffen, daß Sitzungen der Vereinsmitglieder in rein geschäftlicher Natur freigegeben wurden. Es folgte die Erlaubnis der geschlossenen Teilnahme an der Besichtigung von Vereinsmitgliedern unter gewissen auf das Waffentragen, die Vereinsfahne und das Zeigen von schwarz-weiß-roten Farben bezüglichen einträglichen Bedingungen und die Genehmigung von Veranstaltungen gesellschaftlicher Natur, wenn diese in geeigneten Räumen stattfanden und nur den Mitgliedern zugänglich waren. Die letzte Ausführungsverordnung des Ministeriums des Innern schließlich vom 29. September läßt auch gesellschaftliche Veranstaltungen bei Beilegung von Gästen und im freien, allgemein einwilligen Einverständnis der Teilnehmer durch Kriegervereine und verleiht lediglich nach dem Zeigen aufrechter Fahnen und das Mitführen von Waffen außer denen der Gewehrbesitzer. Damit sind Sitzungsstelle, Halle, Denkmalswachen usw. der Kriegervereine so gut wie bedingungslos wieder freigegeben, so daß für diese eine Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten an dem tatsächlichen Zustand in Preußen kaum noch etwas ändern würde.

Daß eine Milderung in der Handhabung der Verordnung notwendig war, ist mehr die durch den Mord am Minister Rathenau erregten politischen Leidenschaften sich wieder zu beruhigen begannen, kann einem Zweifel unterliegen. Weit mehr als die Verordnung zum Schutze der Republik tritt die Verordnung über das Verbot bestimmter Versammlungen in das öffentliche Leben bis in die kleinste Landgemeinde hinein ein. Das weiß jeder, der die Verweigerung und Verhinderung des traditionellen Kriegervereinswesens kennt, das in weiten Schichten der Bevölkerung immer noch viel tiefer verwurzelt ist, als die im jetzt aufgelösten Bunde der Krieger, Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbund, Verband nationaler Soldaten und den vielen anderen Organisationen und Organisationsformen zusammengefaßte moderne antirepublikanische Vereinsbildung, für die doch rein stimmungsmäßig nur ein weit begrenzter Teil von Personen empfänglich war und denen zudem der Unterbau in den Landgemeinden noch weitgehend fehlte. Eine verkehrte Art der Behandlung der aus dem Haß gegen die gegenwärtige Staatsform hervorgegangenen und lediglich an ihm genährten Vereinigungen und der Kriegervereine, deren traditionelle Einstellung an sich nicht, unbedingt mit der republikanischen Staatsform zu kollidieren brauchte, war ein Gebot der Klugheit. Die Verhältnisse bei den Krieger- und Militärvereinen sind in Gärung begriffen und liegen überdies in den verschiedenen Bundesstellen, ja selbst Gemeinden, je nach den Persönlichkeiten der maßgebenden Männer vollkommen verschieden. Während der Reichskriegerbund Kaffhäuser, in dem der erhebliche Teil der zahllosen Krieger- und Militärvereine zusammengeschlossen ist, in seiner Zeitung eine Verbindung mit dem neuen Staat anzustreben scheint, ihr allerdings mit dem Geiste eines Nationalgefühls erfüllen will, mit dessen Form wir Sozialdemokraten uns nicht einverstanden erklären können, ist dieser Wille für die zahlreichen Vereine im Lande noch durchaus nicht maßgebend geworden, sondern ruht hier auf die empfindlichsten gefährlichsten Milderungen. In solchen beispielweise ist die Leitung der Kriegervereine mit den rechtsradikalen Organisationen durch die und hindern gegangen. In den einzelnen Personen machen sich die Widersprüche vor allem da geltend, wo wie es häufig der Fall ist, ein ehemaliger Offizier oder Reserveoffizier die Leitung in der Hand hat und die Menge der teils rechtsgerichteten, teils unpolitischen, teils unter dem gegenwärtigen unpopulären Druck von der Geschäftsleitung der nationalpolitisch einseitigen Anhänger mit einer gegenwärtigen Stimmung gegen die Republik zu erfüllen weiß. Auf der anderen Seite wird der Wille der Leitung zu einer bedingten politischen Neutralität erfolgreich auf diejenigen Vereine zurück, die in Gegenwart sind, in denen die parteipolitische Intransigenz der Bevölkerung eine politische Abwendung abzuwenden. Auch in der Kriegervereine bedingt. So dürfte es nicht zweckmäßig erscheinen, die Kriegervereine längere Zeit in der Behandlung auf eine Stufe mit den rechtsradikalen Organisationen zu stellen und sie anmäßig mit nach rechts abzugeben, sobald eine

vorsichtige Zurückhaltung die Erfolgsaussicht zu der für eine lokale Bestimmung gegenüber dem gegenwärtigen Staat wirkenden Mächte in ihrer Mitte zu verbessern. So traurige Erfahrungen auch anlässlich der politischen Ereignisse seit der Revolution mit den Kriegervereinen vielfach gemacht werden mußten, so wenig rechtfertigen diese eine zweifelsfreie schroffe Behandlung ihrer Gesamtheit.

Bei der Handhabung des Gesetzes zum Schutze der Republik durch die Landesregierungen hat sich im Gegensatz zu den Veränderungen, die die Behandlung der Kriegervereine ständig erfahren hat, eine gewisse feste Praxis bereits herausgebildet. Dazu trägt nicht zum wenigsten die Tatsache bei, daß der Staatsgerichtshof durch die schnellen Entscheidungen, die er bereits gefällt hat, gewisse Richtlinien sowohl für die Anwendung des § 14 betreffend verbotene Versammlungen und Vereintigungen als auch für den § 21 betreffend das Verbot periodischer Druckschriften aufgestellt hat. Der § 14 enthält bekanntlich gegenüber dem hinsichtlich der Paragrafen der aufgehobenen Verordnung die Einschränkung, daß er das Vorliegen der Bestimmungen der Tatfachen verlangt, die die Verlegung rechtfertigen, daß in ihnen Erörterungen stattfinden, die den Tatbestand einer nach dem Gesetz zum Schutze der Republik strafbaren Handlung bilden, wenn ein Verbot von Versammlungen, Aufzügen oder Kundgebungen gerechtfertigt sein soll. Die Verordnung verlangt lediglich allgemein, daß die Verlegung begründet sei, daß solche Erörterungen stattfinden würden. Auf der anderen Seite ist durch die inzwischen erfolgten Auffassungen von Vereinen eine Reihe von Organisationen aus der Welt geschafft, deren öffentliche Betätigung in erster Linie Anlaß zur Anwendung der Verordnung geben mußte und deren Verschwinden die Anwendung einer leicht gemilderten Bestimmung in diesem Punkte eher ermöglichte. Immerhin werden die zuständigen Stellen sich in der verhältnismäßig kurzen Frist zwischen dem Zeitpunkt des Bekanntwerdens einer im Sinne dieses Paragraphen begründeten Verurteilung oder Kundgebung und zwischen ihrem Stattfinden über derartige derartige Tatfachen nicht leicht unterrichten können. Als solche wird neben früheren Vorgängen in einzelnen Ortsgruppen von Vereinen und Vereintigungen die Aufhebung von politisch überflüssigen und in der Form hemmungslos Versammlungsleitern und Rednern zu gelten haben. Unzureichende Parteifunktionäre können hier wertvolle Mitarbeiter leisten, indem sie sich und den in der Verwaltung tätigen Genossen über Fälle von Verstößen gegen das Gesetz, über Verstöße einzelner reaktionärer Redner und über das Auftreten bestimmter Vereine gegenseitig Mitteilung machen und sich dadurch mit Material für den sehr häufigen Fall versehen, daß dieser oder jener Versammlungsredner sein Tätigkeitsgebiet aus einer Ecke des Reiches in eine andere zu verlegen vorzieht. Auch des Staatskommissariats für öffentliche Ordnung Aufgabe wird es sein, die Verwaltungsbehörden im Lande rechtzeitig und ausreichend mit den notwendigen Informationen zu versorgen. Erneut hinzuzukommen und ein Fortschritt gegenüber der Verordnung ist der § 16 des Gesetzes, auf Grund dessen Versammlungen, für die ein Verbot nicht ausgesprochen worden ist, in denen jedoch Zusammenhandlungen gegen die Strafparagrafen des Schutzgesetzes vorkommen und geschehen werden, durch Verurteilung der Polizeibehörde aufgelöst werden können, eine Möglichkeit, die freilich durch die Unzulässigkeit der Überwachung nicht öffentlicher Versammlungen eingeschränkt ist. Diese Bestimmung legt der Polizei Verpflichtungen auf, denen sie nach ihrer Ausbildung und Zusammenfassung nur ungenügend nachkommen kann. Sie steht voraus, daß sie bedingungslos und in allen ihren einzelnen Organen seit auf dem Boden der Oberbeamten betrieblen werden müssen für einen Teil besonders der Oberbeamten betrieblen werden muß und verlangt daneben eine staatsbürgerliche Bildung, die sie die Berechtigung bzw. Unzumutbarkeit ihrer Maßnahmen sofort erkennen läßt und sie zugleich vor überflüssigen plumpen Eingriffen bewahrt.

In den § 21 des Gesetzes, der das Verbot periodischer Druckschriften, bei Tageszeitungen bis auf die Dauer von vier Wochen, in anderen Fällen bis auf die Dauer von sechs Monaten, vorzählt, ist eine gewisse Anpassung der in Betracht kommenden Presse erfolgt. Wenn die Zeitungsverbote im Gegensatz zu der ersten Zeit des Bestehens der Verordnung unter der Herrschaft des Schutzgesetzes viel seltener geworden sind, so liegt das weniger an einem andersartigen Vorgehen der Verwaltungsbehörden, als an einer Milderung des Tones der radikal-oppositionellen Presse. Die Ausmerzung des nicht mehr statthafter rüben, persönlich beschimpfenden und geschäftigen Tons, dessen Anwendung eine solche fürchterliche Verwirrung in vielen Gemütern anrichtet hat, aus dem in Frage kommenden Teil der oppositionellen Presse ist ein allgemein politischer Gemut, der eher auch nur die geringste Beinträchtigung der sachlichen Kritik und der Wahrheit der Freiheit der anständigen Presse erkaufte worden ist. Es ist im übrigen eine wichtige Aufgabe der Parteigenossen im Lande, die in Betracht kommenden Behörden in Preußen, also die Landräte und vor allem die für Zeitungsverbote zuständigen Oberpräsidenten, auf Artikel und Notizen besonders der in den Kreisen weniger gelehrten Provinzpresse aufmerksam zu machen, deren Form und Inhalt ein Verbot des Blattes auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen erfordert.

Im allgemeinen wird man schon jetzt sagen können, daß das Gesetz allein durch die Tatsache seines Bestehens bereits manches Gute gewirkt oder besser schlimme abgewendet hat, je weniger es angewendet zu werden braucht, ein um so besserer Beweis ist dies für den Beginn der Festigung unserer innerpolitischen Zustände. Auf jeden Fall liegt es uns dagegen, daß eine skrupellose antirepublikanische Propaganda sich noch einmal so hemmungslos und verbrecherisch entfalten kann, wie dies vor dem Erberger- und Rathenau-Mord der Fall gewesen ist; dadurch ist es im Zusammenhang mit den durch die Strafparagrafen geschaffenen rechtlichen Möglichkeiten gegen politische Fanatiker hoffentlich ständig die deutsche Republik vor neuen Anschlägen des individuellen Terrors zu schützen.

Im allgemeinen wird man schon jetzt sagen können, daß das Gesetz allein durch die Tatsache seines Bestehens bereits manches Gute gewirkt oder besser schlimme abgewendet hat, je weniger es angewendet zu werden braucht, ein um so besserer Beweis ist dies für den Beginn der Festigung unserer innerpolitischen Zustände. Auf jeden Fall liegt es uns dagegen, daß eine skrupellose antirepublikanische Propaganda sich noch einmal so hemmungslos und verbrecherisch entfalten kann, wie dies vor dem Erberger- und Rathenau-Mord der Fall gewesen ist; dadurch ist es im Zusammenhang mit den durch die Strafparagrafen geschaffenen rechtlichen Möglichkeiten gegen politische Fanatiker hoffentlich ständig die deutsche Republik vor neuen Anschlägen des individuellen Terrors zu schützen.

## Aus aller Welt.

Eine neue Kinderkrankheit.

Das Berliner Tageblatt meldet aus Halle: In Thüringen tritt eine gefährliche Kinderlähmungskrankheit epidemisch auf. Die Kinder werden teilweise am ganzen Körper, teilweise an den Beinen gelähmt. Aus Eisenach werden zwölf Fälle gemeldet. In Salungen tritt die Krankheit so stark auf, daß die Schule geschlossen wurde.

Ein furchtbares Familienverbrechen.

ereignete sich in Bronnen im Wgän, wo der schwachfüßige Sohn des Hausbesizers Scherer seine Schwester mit einer Wirtin überführte. Der zu Hilfe eilende Vater unterlag im Handgemenge und wurde von dem Mörder durch einen Schlag getötet.

Das Bielefelder Bundesgericht.

verurteilte den Besitzer der Schwarzen Kloster-Schokolade Carl Schwarz wegen fortgesetzten Schleichhandels und Preisverhörs zu 18 Monaten Gefängnis und sechs Millionen Mark Geldstrafe. Auch mehrere andere Angeklagte erhielten Freiheits- und Geldstrafen.

Wiederbrand in Hamburg.

Auf dem Volksfestplatz in Hamburg brach im Jüdischen Wald aus unbekannter Ursache ein Brand aus, der sich weit ausbreitete. Der Schaden beträgt gegen 20 Millionen Mark.

Unvorsichtige Angeklagte bei der Kriegervereine.

Bei der Abwehr für Brotverderben des Berliner Stadtrats sind auf Anträge hin mehrere Personen festgenommen worden, die dringend verdächtig sind, sich der Unvorsicht des Verstoßes der Polizei, der Polizei und der Kriegervereine schuldig gemacht zu haben.



Zur Kassenpraxis  
zugelassen  
**Dr. med. Bueck,**  
prakt. Arzt, 1268  
Augustastr. 146, II.  
(früher Lissa 1 P.)  
Sprechstunden: 8-10, 3-5.  
Fernsprecher: Ring 11426.

Wäffere, größere  
**Lagerräume**  
mögl. m. Gleisanfchl.  
gel. u. B. L. 1313 an  
H. C. Landsberger  
Breslau 5.

**Möbel**  
Schränke, Serillos,  
Setztische, Sofas,  
Spiegel,  
Schlaf-, Wohnzimmer  
und Küchen  
p. Kaffe evtl. Teilschlung  
**Karsunky & Co.**  
Hofenhalerstr. 2, I.

**Frauen**  
Wenden Sie sich sofort bei  
**Störungen**  
nur ein mich. Langjährige Er-  
fahrung, Gänge, Erfolge d.  
m. Präparate. Viele heimliche  
Dankschreiben. Frau Dr. Schmidt  
Seite heute ich mit ihr. Wirtel  
und morgen mit der. Erolgen.  
Gammeln, Spülmaschinen,  
Weißblechmittel  
Katalog gegen Rückporto.  
**Frau M. Böhm, Breslau II.**  
Gartenstr. 15, II. u. III. a. 1211/12.

**Wäsche - Stoffe**  
**Futter - Stoffe**  
**Kleider - Stoffe**  
**Herren - Stoffe**  
**Karlsplatz 3**  
1 Treppe

**Damen-  
Hüte**  
**Karlsplatz 3**  
1 Treppe  
**R. Glücksmann.**

**Vorteilhaftes Angebot**  
  
Weiche Filzhüte  
für Straße und Reise  
Ungarnierte Hüte  
moderne Formen u. Farben  
**ganz besonders preiswert**  
Besichtigung: Anstellungshalle  
schräg über dem Hauptpost.  
Verkauf: Reuschestraße 47, 1. Etage  
**M. Schauer**  
Größtes Spezialhaus für Damenputz  
en gros en détail

# Nutze dein Herdfeuer!

**Schellfisch, wenn er gut und frisch,**  
Ist etwas für jeden Tisch.  
Leicht gekocht ist dies Gericht.  
Nur vergessen darfst Du nicht:  
Hast ihn auf dem Feuer Du,  
Stell den Wäschetopf\*) dazu!

\*) Persil, das selbsttätige Waschmittel, reinigt, bleicht und desinfiziert die Wäsche in einmaligem kurzen Kochen u. bringt durch Mitbenutzung des täglichen Herdfeuers für die Wäsche größte Kohlenersparnis.



Ich habe mich **Klosterstraße 17, II. P.,** nach lang-  
in Breslau 1268 jähriger  
Ausbildung an Universitätskliniken und am Säuglingsheim  
als **Fachärztin für Kinderkrankheiten**  
**Dr. Eise Wolff.**  
Sprechstunden:  
9-10, 3-5.

Nach mehrjähriger fachärztlicher Ausbildung  
an den med. Abtlg. des Allerh.-Hospitals Breslau (Prä-  
Dr. Erckleb), des Krankenhauses der jüd. Gemeinde  
Berlin (Geh.-Rat Pr. Dr. Straß), Zentralröntgeninstitut  
Krankenhaus Moabit-Berlin (Dr. Max Cahn) habe  
ich mich als  
1218  
**Facharzt für innere Krankheiten  
und Röntgenologie**  
medizinalrath und halte werktäglich Sprechstunde  
von 11-1 Uhr, 3-7 Uhr.  
Ich bestimme mich an Kassenpraxis. 1218  
Breslau, Oktober 1922.  
**Dr. med. L. Aris**  
Kaiser Wilhelmstr. 28/30. Telefon Ring 6655.

**Zentralverband der Schuhmacher**  
Verwaltung Breslau, Margaretenstraße 17.  
Montag, den 23. Oktober, abends 7:2 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße,  
für alle im Schuhmacherhandwerk beschäftigten Personen  
**Wichtige Versammlung**  
Tagesordnung:  
**Die neuen Lohnzulagen im Handwerk.**  
Entsch. nur gegen Vorweisung des Mitglieds-  
buchs oder der Mitgliedskarte.  
Vollzähliger Besuch ist notwendig.  
**Die Lohnkommission.**  
A. H. Georg Reiner.

**Zentralverband der Zimmerer,**  
Zahlstelle Breslau.  
Dienstag, 24. Oktober, nachmittags 5 Uhr,  
im Meinen Saale des Gewerkschaftshauses:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Bericht über die Verhandlungen am Bezirkslehnamt.  
2. Kassenbericht vom 3. Quartal.  
3. Verbandsangelegenheiten.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
Die Sozialverwaltung.

**Die Volkshule als Einheitschule**  
Von Dr. Max Apel. - 3.00 Mark.  
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes  
sowie von sämtlichen Kolporturen entgegengenommen.

**Sozialdemokratie und Schule**  
Von Heinrich Schulz. - 10.- Mark.  
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes  
sowie von sämtlichen Kolporturen entgegengenommen.

Akt. 1140  
**Herrenhüte**  
arbe in um auf den  
**A. SCHACHER,**  
Kupferschm edstr. 44

**Anzüge**  
Raglans  
noch enorm billig bei  
**Gebr. Hänel**  
Herrenkleiderfabrik  
Neumarkt 13, I.  
Gang. Streifenstraße.

**Gelegenheitskäufe**  
Getrag. Kleidungsstücke  
Anzüge, Mäntel etc.  
verkauft billigst 1215  
**Brüll & Co.**  
Matthiasstraße 88.

  
**Die Volkswacht-  
Buchdruckerei**  
Breslau 2, Flurstraße Nr. 4/6  
ist das Eigentum der  
gesamten Arbeiterschaft  
Jeder Überschuss der Druckerei  
wird zur Vergrößerung des Organs  
der werktätigen Bevölkerung, der  
**„VOLKSWACHT“**  
verwandt. Deshalb hat jeder Partei-  
genosse, Gewerk- und Genossen-  
schafter, sowie Arbeiter-Spartler,  
der Druckarbeiten zu versehen hat,  
die Pflicht, diese der Volkswacht-  
Druckerei zu übergeben, die nicht  
nur geschmackvolle Druckerarbeiten  
herstellt, sondern diese  
auch preiswert  
berechnet  
Verlangen Sie Muster und Kostenausschläge

**Ruba-Seife**  
Beste Kernseife, garantiert rein.  
**Ruba Werke Rudolph Balhorn**  
BRESLAU 12, Seifen- und Parfümerie-Fabrik.  
8 Verkaufsstellen am Platze.

Wir bieten an:  
**Schlüpfer** moderne Farben, von **8500.-** an  
**Lodenmäntel** wasserdicht, von **8250.-** an  
**Herrensportanzüge** von **8200.-** an  
**Böhm & Co**  
Herren- und Sportbekleidung  
**Nikolaistraße 78/79**  
gegenüber der Elisabeth-Kirche.

**Dauerbrand-Heizöfen**  
für jedes Brennmaterial  
Geschmackvolle Formen - Beste Ausführung  
Kamine Kachelöfen- Kochherde  
Einsätze  
Grudeherde mit Wellsieb  
**Julius Sckeyde**  
Kommandit-Gesellschaft  
Breslau 1, Ohlauerstraße 21-23

Unbedingt größtes und billigstes Lager Breslaus!  
**Kinderwagen**  
Klappwagen  
Promenadenwagen  
Kinderbettstellen  
Stadtbekannt billigste Preise  
Massenauswahl  
**B. Suchantke**  
Ohlauerstraße 14.

**Mustergültig  
in Material u. Arbeit**

**Buchmann-Möbel**  
Spez: Stube u. Küche  
Wachplatz  
Fischerstraße 22

**Populär  
in ganz Breslau!**



Breslauer Nachrichten.

Breslau, 21. Oktober.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei!

Angestellte in den städtischen Büros. Dienstag, den 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr im Bürgergarten, Weidenstr. 21: Besprechung. Tagesordnung ist sehr wichtig. Alles erschein!

Achtung Jungsozialisten! Wir treffen uns heute abend 8 Uhr bei den Schulreformern im „Goldenen Zepher“, Schmiedebühl.

Arbeiterjugend, Heim 2. Achtung, Arbeiterkern! Sonntag, den 22. Oktober, findet um 7 Uhr, in der Aula der Osnier Schule eine Elternversammlung statt. Auf der Tagesordnung stehen: Gedächtnisvorträge und ein Vortrag von Genossen Zimmer über: „Die Entziehung der Arbeiterjugend und ihre Ziele“.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Die Abrechnung der Bezirkskassierer für den Monat Oktober ist Montag, den 23. Oktober, abends 7 Uhr. Die bisherigen Frauenmarken zu 1 Mark sind restlos einzulösen und abzuliefern. Reste müssen mit 2 Mark beglichen werden.

Die Abrechnung der Distriktsführer im Sekretariat ist Mittwoch, den 25. Oktober. Partei-Notopfermarken und Parteiabzeichen sind zu verrechnen.

Distrikt 19, innere Stadt. Die Funktionäre rechnen Dienstag, den 24. Oktober, 7 Uhr, bei Bohmeier, Antonienstraße, ab.

Distrikt 22. 1. Beschlus der letzten Distriktsversammlung beträgt der Sterbe- und Beerdigungsvortrag vierteljährlich 1.50 Mark. Die Abrechnung endet Montag, den 23. Oktober, abds. 7 1/2 Uhr, bei Engel, Weinstraße 46, statt. Die Marken zu 1 Mark sind voll und ganz abzurechnen.

Distrikt 38. Laut Beschlus der letzten Distriktsversammlung, wird der Betrag für die vierteljährlich zu lebende Eierbörse auf 1 Mark erhöht.

Die erste gemeinsame Parteiverammlung.

Was können wir gegen die Wirtschaftsnote tun?

Im großen Saal des Gewerkschaftshauses fand gestern die erste gemeinsame Parteiverammlung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Breslaus statt, die einen feierlichen Charakter durch den Antritt der Redner, die alle sozialdemokratischen Parteigruppen und den Banner der U.S.D. die Teilnahme schmückten. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden Genossen Winger richtete für die bisher unabhängigen Mitglieder Genosse Schade einige Worte an die Versammlung, die allgemeine Zustimmung fanden. Nur als Massenpartei könne die Sozialdemokratie in der vorläufigsten Weisung des Parteiparlaments in der ganzen Welt erfolgreich weiter kämpfen, das ist der maßgebende Gedanke für die Einigung gewesen. Genosse Winger schloß die Versammlung mit dem Hinweis, daß die organisatorische Verschmelzung in Breslau durch die beiden Vorstände reibungslos so weit vorbereitet werden konnte, daß die Versammlung nur über einstimmige Beschlüsse beider Vorstände gemeinsam zu entscheiden hat. In den bisherigen beiden Parteiparlamenten sollen durch Erweiterung auf 11 Mitglieder die bisherigen unabhängigen Schade und Kubner einreten, in die Proklamationsmissionen durch Erweiterung auf 9 Mitglieder, die bisherigen unabhängigen Frankel und Hellmann. Jetzt gelte es vor allem, in den Betrieben, keinem Kollegen mehr die Ausrede zu lassen, er gehöre einer anderen Richtung an, und brauche sich deshalb an der gemeinsamen sozialistischen Arbeit nicht zu beteiligen. So werde man zu den bisherigen Organisationsstellen nach der Einigung die Differenzen im Parteiparlament aller Veräste hinwegwischen müssen. (Lebhafte Zustimmung.)

Nachdem die Versammlung den Vorstandsbeschlüssen ohne Widerspruch zugestimmt hatte, eröffnet Genosse Dr. Hamburger das Wort zu einem programmatisch-wirtschaftlichen Vortrag. Er ging von der Bedeutung der Einigung für unsere politische Stellung aus, und betonte es vor allem auch im augenwärtigen Interesse, daß jene Männer wie Kautsky, Hilferding, Brechtstein, Ullrich, wichtig für den Schatz der deutschen Republik mitarbeiten können, deren Intelligenz im Ausland groß ist. Wie die Kapitalisten des In- und Auslandes unsere internationalen Beziehungen regeln wollen, zeigte der Redner am Beispiel der Eisenbahn-Abkommen, das sich über die Interessen der Arbeiter hinwegsetzt. Die Forderungen nach internationaler Einigung, Herabsetzung der Reparationsverpflichtungen und rascher großer Währungsreform werden angesichts der neuen Weltwirtschaftslage nach dem günstigen Abkommen mit Belgien immer dringender. Die Forderungen werden zeigen nur noch Wundenberge und gleichzeitig nimmt die Kreditnot gefährlich zu, wodurch Rohstoffbeschaffung immer schwerer wird. Die Zahlung mit ausländischen Geldnoten im Inland unterscheidet deutlich wie ein anderes Merkmal die zwei Nationen innerhalb des Volkes, von denen die eine Einkommen und Besitz in werksfähigen Sachwerten sich auf diese Weise erhalten, während Arbeiter, Angestellte und Beamte mit der deutschen Mark ein Geld nur noch des armen Mannes erhalten. Ausführlich besprach und kritisierte der Redner dann die unvollkommenen und zu spät erfolgten letzten Maßnahmen gegen die Devisen Spekulation, die rechtzeitig und zuerst, wie er anerkannte, gerade von der „Volkswacht“ gefordert wurden. In der Preisgestaltung dürfe man nicht nur den Kleinhandel zu kontrollieren suchen, sondern müsse an die Quellen der Preisgestaltung in den Kartellen und Trusts herangehen. In der Hand des gemeinsamen Aktionsprogramms zeigte der Redner dann in sachkundigen Einzelausführungen, wie ungerecht durch die Geldwertveränderung unser heutiges Steuerrecht immer mehr werde, und wie weit wir von der Erfüllung unserer Forderungen auf diesem Gebiete noch entfernt seien. Er bekämpfte besonders die Erhöhung der Umsatzsteuer, die niemanden nach seiner Leistungsfähigkeit treffe, unterstützte die Forderung unserer Fraktion nach Herabsetzung der Einkommensteuer gemäß der Geldwertveränderung, verlangte aber vor allem gegenüber der Verzögerung in der Steuerentlastung bei den Vermögenssteuern die Einführung von Zahlungen gemäß der Geldwertveränderung beim Zahlungstermin. An der Erfassung der Sachwerte, die wir nie aufgegeben haben, müssen wir festhalten, weil nur dadurch die Zusammenziehung der Geldwertveränderung durch die Sachwertbesitzer beim Steuerzahlen wegfallen könnten. Die Erhöhung der Ausfuhrabgaben kann einen viel größeren Umfang annehmen. Für die Lebensmittelversorgung fordert der Redner vor allem für Zucker und Kartoffeln staatliche Sicherungsmaßnahmen, die er im einzelnen darlegte. Unsere Macht zur Durchsetzung dieser Forderungen sei freilich begrenzt durch die bürgerliche Reichstagsmehrheit, den Kapitalismus im Inland und die Reaktion im Ausland. Ein solcher Sieg auf der ganzen Linie gegen diesen doppelten Druck sei unmöglich. Aber wir brauchen nicht nur zu klagen, sondern könnten durch einen Vergleich mit Ländern niedriger Wärlauf feststellen, daß unsere wirtschaftliche Lage ohne das aktive Eingreifen der Sozialdemokratie, wenn sie auch nur Minderheitspartei ist,

noch viel schlechter wäre. Die Hauptschuld am Wirtschaftskrisen tragen diejenigen, die nur klagen und weisheitsreden, ohne im geringsten zu helfen.

An der lebhaften Aussprache über den beifällig aufgenommenen Vortrag beteiligten sich die Genossen Hermann, Müller, Lehrer Pletsch, der u. a. für die Freilassung der Konsumvereine bei der Umsatzsteuer eintrat, Mache, Birnbaum, Grabsch, Fuhrmeister, Hellmann, von denen die meisten auch zu der politischen Frage Stellung nahmen, ob gegenwärtig die Mitarbeit in der Regierung die wirtschaftliche Augenblicksnot wenigstens lindere. Genosse Dr. Hamburger betonte im Schlußwort, daß der Umlagepreis einer Erhöhung angesichts der freien Getreidepreise für das erste Umlagebrot nicht bedürfte, woran unsere Fraktion festhalten werde. Angesichts der Geldwertveränderungen sei die Papiermarkfestlegung des Brotpreises freilich keine der zu allererst entscheidenden Fragen. Eine Regierung ohne Sozialdemokraten hätten wir zeitweise in Preußen ja unlängst gehabt und wir spürten die Wirkungen sehr unangenehm. Das ganze bürgerliche Republikt dürfe nicht zu früh seinen grimmigsten Feinden ausgeliefert werden. Entscheidend für unseren Erfolg werde der Stand der geistigen Schulung unserer Mitglieder sein, die bei der regelmäßigen Schulung der Parteigruppen beginnen müsse. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen schloß Genosse Winger die im ganzen überaus anregend verlaufene Versammlung mit einem einmütigen angenommenen dreijährigen Hoch auf die neuvereinte Sozialdemokratische Partei.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

Die Einigung aller Sozialdemokraten

ist vollzogen. Schon wirkt sie sich positiv aus, das zeigt die vorüberic Stellung zur Reichspräsidentenwahl.

Nun geht der Kampf um die Erhöhung des Preises für das Umlagegetreide.

Es gilt, alle Kräfte zu konzentrieren, um der unerhörten Ausbeutung des Volkes entgegen zu wirken.

In diesem Kampf steht die Sozialdemokratie allein, deshalb ist es das Gebot der Stunde, das arbeitende Volk in Stadt und Land mobil zu machen. Alles, ob Mann oder Frau, muß sich der Sozialdemokratie anschließen. Deshalb nicht länger gezögert.

Parteilosgenossen und Parteilosen, rüttelt eure Arbeitsrider auf, führt sie der Sozialdemokratischen Partei zu. Arbeitet daneben an der Verbreitung der Volkswacht!

Werbt neue Leser und Abonnenten!

Anmeldungen nimmt jederzeit das Parteisekretariat, Gewerkschaftshaus, II. Etage, Zimmer 36 und die Volkswacht entgegen.

Eugen Wolfsohn gestorben.

Geiern früh ist der Sprecher der freien Religionsgemeinde, Herr Eugen Wolfsohn, im 56. Lebensjahre plötzlich gestorben. Ein Herzschlag hat ihn aus seinem Wirkungskreis gerissen. Wolfsohn gehörte zu den wirkungsvollsten Verkämpfern einer freien Volkswirtschaft und seine Vorträge waren stets außerordentlich stark beachtet. Mit besonderer Liebe aber hingien die Kinder an ihm. Mit großem Geschick verstand er es, sie fast spielend in eine vornehmliche Weltanschauung einzuführen. Von nächstliegenden ausgehend, war er bald mit ihnen mitten in allen Wundern der Natur und des Geistes. In seinem Arbeitsgebiet ging er voll auf, und die politischen Kämpfe betrachtete er fast ausschließlich von seiner geistigen Warte. Immerhin hat er sich vor einiger Zeit der Sozialdemokratischen Partei als Mitglied angeschlossen, ohne hier aber sichtbar hervorzutreten.

Brotpreureur — Hungerleider.

Zu der am 18. 10. unter obiger Spitzmarke erschienenen Notiz wird uns geschrieben: Die Arbeiterkassen Breslaus ist sehr erkrankt, erst jetzt zu erfahren, daß in den Innungsbäckerbetrieben ein Wochenlohn von nur 1910 Mark bezahlt wird.

Der Artikel hat mich sofort veranlaßt, Erkundigungen einzuziehen, wie hoch der Lohn in den Großbetrieben ist. Das Ergebnis ist, daß dort Löhne von durchschnittlich 4240 Mark gezahlt werden. Dazu kommt noch, daß diese Betriebe, nicht wie die Innungsbetriebe, das Mehl zugefahren bekommen, sondern sich selbst abholen und obendrein 5 Mark pro Doppelcentner mehr bezahlen müssen als jene.

Als Mitglied des „Vorwärts“ habe ich auch dort über die Löhne Erkundigungen eingegeben und erfahren, daß Badstubenarbeiter 4121 Mt., Leinwandarbeiter 4279 Mt. und Osnierarbeiter 4284 Mt. pro Woche erhalten. Trotzdem die „Vorwärtsbäcker“ ein Kleinbetrieb ist, wird er als Großbetrieb geführt. Der Durchschnittslohn beträgt also im „Vorwärts“ 4242 Mark, er zahlt also pro Woche 2332 Mark mehr Lohn als ein Innungsbäcker. Dazu kommt, daß der „Vorwärts“ auf Markendrot sowohl als marktfreies Brot 5 Prozent Rückvergütung zahlt, also auf jedes Brot 1.50 Mark, was bei anderen, vor allem Innungsbetrieben, nicht der Fall ist. Und trotzdem arbeitete die Vorwärtsbäckerei noch mit einem ganz ansehnlichen Reingewinn, wie uns der Geschäftsbericht zeigt. Daraus ergibt sich, mit welcher ungeheuren Gewinn die Bäckermeister arbeiten müssen. Pflicht aller Parteigenossen und Gewerkschaftler muß es sein, Brot nur aus solchen Betrieben zu beziehen, die menschenwürdige Existenzbedingungen gewähren. Der uns nächstliegende Betrieb ist vor allem der „Vorwärts“, dessen sämtliche Verkaufsstellen ein vorzügliches Brot führen. Alles muß daran gesetzt werden, ein genügend saugendes zum Bau einer neuen Dampfbäckerei dem „Vorwärts“ zur Verfügung zu stellen, damit er nicht bloß Brot, sondern auch Weizengebäck liefern kann.

Die Frauenversammlung im Bürgergarten

am vorigen Montag war von Mitgliedern und Gästen, hauptsächlich Frauen, erfreulichst sehr gut besucht. Genossin Clara Zils sprach über: „Die Rechte der Frauen auf dem Augsburger Parteitag“, und fand mit ihren Ausführungen allgemeine Zustimmung.

In der Aussprache wurden von den Genossinnen Müng, Ehrlich, Giers, Hermann und einigen anderen Gutes und Beachtenswertes gesagt. Besonders Aufmerksamkeit verdienten die Ausführungen der Genossin Reiffers über die Notwendigkeit einer Ueberbrückung der Gegensätze zwischen Hand- und Kopfarbeitern und die des Genossen Dr. Calkin über einige Punkte zur Justizreform. Unbedingt notwendig sei eine Aenderung der bis jetzt bestehenden sogenannten Abtreibungsparagraphen, die, wie festgestellt, in ihrer ganzen Härte ausschließlich Frauen der arbeitenden Klasse treffen. Genossin Zils schloß mit einer energischen Aufforderung zur Werbearbeit für die Sozialdemokratische Partei und unsere Zeitung. Im Vertrauen zu uns selbst, in dem festen Willen, unermüdete Arbeit an uns und anderen zu leisten, liegt unsere Stärke.

wendigkeit einer Ueberbrückung der Gegensätze zwischen Hand- und Kopfarbeitern und die des Genossen Dr. Calkin über einige Punkte zur Justizreform. Unbedingt notwendig sei eine Aenderung der bis jetzt bestehenden sogenannten Abtreibungsparagraphen, die, wie festgestellt, in ihrer ganzen Härte ausschließlich Frauen der arbeitenden Klasse treffen. Genossin Zils schloß mit einer energischen Aufforderung zur Werbearbeit für die Sozialdemokratische Partei und unsere Zeitung. Im Vertrauen zu uns selbst, in dem festen Willen, unermüdete Arbeit an uns und anderen zu leisten, liegt unsere Stärke.

Die Milch klettert weiter!

Vom Milchproduzentenverein der Umgegend Breslaus erhalten wir unter ausführlicher Begründung mit Dollar und Butterpreis die Nachricht, daß die Milch von heute ab 36 Mark und vom kommenden Sonnabend ab „höchstens“ 46 Mark je Liter kostet. Dabei arbeiten die Kuhställe angeblich mit Verlust!

Mieterkühnverein und Mieterkühnverband.

Vom Mieterkühnverein wird uns geschrieben: In der „Volkswacht“ vom Donnerstag wurde in dem Bericht über die Versammlung der Hausmeister im großen Saal des Gewerkschaftshauses vom Montag, den 16. Oktober, ausgeführt, der Vertreter des Mieterkühnverbandes habe erklärt, daß er sehr dafür eingenommen wäre, wenn für die Hausmeister endlich eine Richtlinie geschaffen werden könnte.

Wir stellen fest, daß in der freilich Verhandlung am Freitag, den 13. Oktober, vor dem Schlichtungsausschuß nur ein Vertreter des Breslauer Mieterkühnvereins, nicht aber ein Vertreter des Mieterkühnverbandes anwesend war. Da sich diese die Verweigerung der Besichtigung unerschrocken, wenn wir nicht die Erfahrung gemacht hätten, daß der Breslauer Mieterkühnverband mit demartigen verächtlichen Berichten keine Macht.

Vilder aus dem Vogelleben.

In einem Lichtbildervortrag, veranstaltet vom Arbeiterbildungsausschuß, machte Professor Dr. Ferdinand Hax am Mittwoch abend im Saal des Gewerkschaftshauses eine zahlreiche Hörerschaft mit dem Leben der Vögel näher vertraut, aber richtig, er gab dankbare Anregungen zur Beobachtung unserer Vögel. Man kann die Vögel erkennen, am Gekirch, am Flug, am Laufen, am Gekrei und Gesänge, wurde an diesen Beispielen erläutert, jedoch wohl fast alle Vögel nur durch den einen oder den anderen Vogel kennen, der ihnen im freien schon aufgefallen ist. Ausfühlich wurde das Brutgeschäft und die Aufzucht der Jungen behandelt. In den Vogelgeschäften, wo die Schillinge dem Menschen gegenüber ruhig und zurückhaltend werden, liegen sich leicht allerhand photographische Aufnahmen machen, die sonst schwierig sind, und diese wurden in archer Zahl an der Leinwand gezeigt. Hoffentlich werden auch recht viele Hörer der Einladuna des Vortragenden zu einem Besuch des Zoologischen Museums Folge.

Beleidiger aus Raabe. Der hiesige Wundschneidender Dr. Paul Kleinscheld und der Herausgeber eines hiesigen Wochenblattes, Kleinschmann, wurden gestern vom Schöffengericht wegen Beleidigung einer ganzen Anzahl von hiesigen Kritikern zu je 500 Mark Geldstrafe und den Kosten des Verfahrens verurteilt. Die Verhandlung ließ die unter Anklage gestellten Beleidigungen in einer Anklageschrift als perzönlichen Raaschakt erscheinen. Das verhältnismäßig niedrige Strafmaß wurde vom Gericht damit begründet, daß Strafmaß und Beginn des Verfahrens länger zurückliegen, als die letzte Strafgebührenerhöhung. Eine Widerklage der Angeklagten wurde abgewiesen.

Bei dieser Gelegenheit erklärte der Angeklagte Kleinschmann übrigens sein Blatt als „Organ der Gewerkschaften“ und behauptete zu seiner Entlastung, Beziehungen zu den Redakteuren der „Volkswacht“ zu haben. Die „freien Gewerkschaften“ kann es nicht gemeint haben, da sie nichts mit ihm zu tun haben wollen. Die Beziehungen zu den Redakteuren der „Volkswacht“ bestehen in Erwiderung eines Grußes auf der Straße und ähnlichen Formeln. Herrn Kleinschmann öffentlich zu grüßen, ist also nicht ungeschicklich, denn am nächsten Tag sieht er sich dadurch Kredit zu verschaffen. Sein Mitangeklagter versuchte sich wieder mit Schmähungen gegen die „Volkswacht“ zu helfen, die bezelichenerweise der Vorliegende, Amtsgerichtsrat Wanjura, unser alter Gegner, trotz strafbarer Form, duldet.

Nachrichtung. Die Gewerbetreibenden des 18. Polizeireviere fordern der Polizeipräsidenten auf, die in ihren Betrieben befindlichen Misch- und Wiegegeräte in der im Polizeiamtblatt aufgeführten Reihenfolge in der Zeit vom 6. 11. bis 2. 12. im Eichamt Borwerkstraße 10 zur Nachprüfung vorzulegen.

Wer ist der tote? Der vermeintliche Zementstehende, den wir gestern als unterwegs verstorben meldeten, ist nicht im Grab, sondern in Guben in einem dortigen Quartier plötzlich an Herzschlag verstorben. Er ist allem Anschein nach bei einer Breslauer Zementfirma in Stellung gewesen. Meldungen erbeten: nach Zimmer 10, des Polizeipräsidenten, Schubstraße 48.









# Wirtschaftspolitische Rundschau.

**Die unzureichende Devisenverordnung. — Die Ausgabe von Goldschahenweisungen. — Die Forderung nach Mehrarbeit. — Ernährungsfrage. — Geringer Eintrag der Getreideumlage. — Die Chilealpeterzahlung für Getreide. — Die Getreidepreiskaufe.**

Ein schwerer Winter steht vor der Tür. Arbeiterkassen und Mittelstand sind auch in den letzten Wochen weiter armer geworden. Aber selbst Industrie, Handel und Bankwelt, deren einzelne Träger sich wohl noch in Waren und Devisenbesitz zu retten suchen, sind in ihrer Gesamtheit in Schwierigkeiten geraten. Die Kreditnot mit ihrer Betriebsbeschränkung greift schon in manchen Branchen weiter um sich. So spürt sich die Lage für die arbeitenden Klassen zu in Preissteigerung und Arbeitslosigkeit. Die Kluft zwischen Besitz und Nichtbesitz hat sich in den letzten Wochen bedeutend erweitert.

In den letzten Wochenberichten mußten wir wiederholt darauf hinweisen, daß ein Teil unserer Minuswirtschaft in den realen Strukturveränderungen, der Außenhandels- wie Zahlungsplans, begründet liegt, und vor allem von außen, d. h. der Reparationslast, beeinflußt wurde; daß aber im augenblicklichen Stadium der äußeren Abtempung nicht so sehr diese realen Wirtschaftsmomente, sondern vielmehr die subjektiven Tendenzen der wirtschaftlichen Verzerrung das rasende Tempo auf der schiefen Ebene des Währungs- und Wirtschaftszwangs bestimmten. Es wird deshalb die Forderung aufgestellt, daß zu der „äußeren“ Abtempung des Moratoriums eine „innere“ Abtempung zu treten habe. — Der Dollar 3000 war dann auch das Warnungssignal und hat dazu geführt, daß die Reichsregierung endlich an die lange schon vorliegenden inneren Sanierungspläne des Reichswirtschaftsministers heranzutreten ist. Die Pläne waren wohl ursprünglich ein geschlossener Komplex gedacht. Man sollte während der äußeren Abtempung erstens den äußeren Wert der Mark heben, wie ja stets den inneren Markt vor seinen Verfallserscheinungen (dem Einbringen der ausländischen Währung nicht nur als Wertmesser, sondern auch als Zahlungsmittel und Vermögensanlage) betreiben. Man sollte damit die große Masse des Volkes und den Staat selbst vor der politischen Verarmung bewahren. Bisher sind aber von diesen bereits in die Öffentlichkeit gedungenen Maßnahmen nur zwei Schritte von der Reichsregierung getan worden: In der vorigen Woche erließen noch 1. die Verordnung des Reichspräsidenten gegen die Spekulation in ausländischen Zahlungsmitteln und in dieser Woche wurde der zweite Schritt des Kabinetts bekannt, die Herausgabe der wertbeständigen Goldschahenweisungen. Diese beiden Verordnungen stiften nur negative Maßnahmen dar; sie suchen die ausländischen Zahlungsmittel aus dem inneren Verkehr soweit herauszubringen, wie sie nicht zur Abwicklung notwendiger Einfuhren erforderlich sind, und sie sollen neue Sicherungs- und Wertverhaltungsmittel an Stelle der Devisen schaffen.

Bei Ankündigung der Devisenverordnung sank der Dollar von 3000 auf 2300 zeitweise zurück, um sich dann nach Verkündung der Verordnung auf 2850 bis zu erheben. Man sah daraus deutlich, daß sowohl im In- wie Ausland eine stärkere Verordnung erwartet wurde; man hatte vor allem Angst vor Bestandsaufnahme und rückwirkender Kraft der Verordnung gehabt. Zu der Parteipresse ist genügend zum Ausdruck gebracht worden, daß die von der Regierung erlassene Notverordnung sehr notwendig, aber in dieser Form ungenügend sei. Das künftige Geschick behrte sowohl der Verhinderung wie des Ausbaus (verschärfter Strafen, vor allem Ehrenstrafen, Einziehung der Eigenkapitale der Banken, nachträglicher Revision der bisher erteilten Devisenbesitzrechte). Die bisherige Notverordnung hat seit ihrer Geltung nur verhindern können, daß der Dollar von dem kleinen Spekulationshandel nicht weiter hinaufgezogen wurde. Eine Herausgabe der Devisen von Seiten der jetzigen Seither hat sie aber nicht veranlaßt. Dies wäre nur möglich gewesen, wenn

neben der Verengung auch eine positive Stimulierung, wie wir oben schon sagten, zur Besserung des Wertes der Mark kombiniert einhergegangen wäre. Auch die Goldschahenweisungen werden eine kurzweilige Wirkung der Mark nicht besitzen, wenn nicht auch hier neben der negativen Maßnahme die positive Wirkung tritt. Bei den Goldschahenweisungen interessiert uns hier vor allem die Stillebung, ob sie nur für die großen Kapitalbedürfnisse ausgegeben wird, oder ob sie in kleinen Teilen den Sparbetrieb für den arbeitenden Teil der Bevölkerung wieder weiden kann. Dabei muß vor allem auf der Sicherstellung des ganzen Augenmerk ruhen.

Für ein Herauskommen von Devisenmaterial wäre vielleicht u. a. schon die Maßnahme wirksam, wenn die Banken in Zukunft durch einen Druck seitens der Reichsbank eine Beschränkung der Devisen ablehnen müßten. Aber dies allein genügt nicht. Positive Maßnahmen sind Hauptforderung. Hierzu wird von einer Seite ein Stützungsforum inländisch-ausländischer Banken gefordert, in welchem das „rote“ Gold der Reichsbank in den Mittelpunkt treten soll. Von anderer Seite wird, um den Devisenbedarf einzugrenzen, der Vorschlag gemacht, eine äußere Goldanleihe aufzunehmen, welche gleichzeitig zur Neuierung unserer Clearingbank dienen soll. Hier werden die verminderten Erwerbskräfte die Sicherheit zu bieten haben. Aber bis dahin müssen in jedem Fall sofortige Maßnahmen mit dem Kredit der Reichsbank getroffen werden.

Die gesamte Umstellungs- und Reinigungsaktion muß abgerundet werden in einer Hebung unserer Handelsbilanz (Stoppen der Waizenfuhr, des Walfischfanges und Walfischhandels für die Konföderation, der Tabakfuhr, der Schiffsankäufe im Ausland usw.). Zusammenfassend ist zu behaupten, daß die Reichsregierung nicht mit den geschiedenen positiven Maßnahmen den Intros zur Besserung der Mark gegeben, und dann erst in enger Verbindung damit die Reinigungsmaßnahmen (Devisenverordnung, Goldschahenweisungen) ergriffen hat. Man fing leider hinten an.

Empfindend muß es aber wirken, wenn man schon wieder die Protektion von Industrie und Handel und allen voran vom Reichsverband der deutschen Industrie gegen die Devisenverordnung liest. Wollen denn auch die Erwerbskräfte wirklich nicht erstarrt mitan bei der Ausräumung der Wirtschaft doch selbst gefährdenden Auslandsabhängigkeit im Inlandsverkehr? Der Reichsverband schreibt an den Herrn Reichskanzler, daß er ein „starkes Bestreben“ darüber zum Ausdruck bringen möchte, daß die Verordnung „ohne Anhörung industrieller Sachverständiger“ erlassen worden sei, zumal er sich doch verpflichtet habe, durch Einwirkung auf seine Mitglieder die Zwangsregulierungen in Auslandsabhängigkeit bei Anlageschäften unumgänglich zu machen; das Reichswirtschaftsministerium sei, ohne daß es das Ergebnis dieser Maßnahmen des Reichsverbandes abgewartet habe, zu der Verordnung geschritten. Sollte etwa die Reichsregierung auf die Maßnahmen des Reichsverbandes warten, bis der Dollar auf 5000 oder mehr steigt? Und hat nicht etwa erst in der vorigen Woche der Reichsverband selbst keine Mitglieder aufgefordert, daß sie sich gegen eine wertbeständige Anlagemöglichkeit zu finden und dabei gelang, daß als solche im Augenblick in Deutschland leider nur ausländische Währungen in Frage kämen? Heißt dieses Antreiben zur vollen Vernichtung unserer Währung und zu dem „rotten Tisch, Industrie, wie du kannst“, vielleicht Maßnahmen ergreifen gegen den Wirtschaftszwangsfall Deutschlands? Dieses Verlassenwerden in einer unerwarteten und von der eigenen Industrie selbst zu haben getretenen Währung werden sich Arbeiter und Mittelstand heftig fühlen. Auch in der letzten Woche wieder wurde dem Arbeiter in Generalversammlungen der Industrie als Rettungsmittel die „Mehrmehre“ empfohlen. Wohl haben wir einen verringerten Produktionsbeitrag der Nation. Aber die Arbeiterkassen erhält heute nicht den an diesem Produktionsbeitrag ihr früher verhältnismäßig zugekommenen Anteil. Der verarmende Mittelstand teilt sich noch weniger. Es müßte daher heute im Verhältnis der Kapitalertragsanteile und damit die Akkumulationsrate größer sein. Diejenigen, die das produktive Kapital verwalten, müßten technische Verbesserungen einrichten können, die eine Intensivierung darstellten und einen größeren Wirtschaftsertrag als bisher ergäben. Gesehiet dies aber in dem möglichen

Maßstab? Wollen wir nicht eine Verarmung an solchen Stellen, und sind nicht große Teile des produktiven Kapitals in das nicht produktive Konsumkapital der Völker übergegangen? Heute fahren mehr Luxusautos als im Frieden und es herrscht ein Ueberflus, allerdings nur in einem ganz kleinen Kreise unseres Volkes. Nicht nach der Mehrarbeit der arbeitenden Klassen müßte getrieben werden, sondern nach der intensiveren Heranziehung und Bewirtung des produktiven Kapitals. Auch die Kreditnot dürfte sich damit erleichtern. Und in der Arbeiterkassen selbst würde sich dann innerhalb des Achtstundentages der Gedanke des jetzt erst „fruchtbar Arbeitens“ festigen.

Auf dem Ernährungsgelände ist auf die bedauerlich geringen Erträge der Getreideumlage hinzuweisen. Gerade „nationale“ Kreise der Landwirtschaft sind es, die sich der Volknot gegenüber einseitiglos verhalten, obwohl die Umlagepreise für die erste Rate den bisherigen Getreidepreisen entsprechen. Die künftigen Umlagepreise enthalten bereits Wiederbeschaffungskosten. Die volle Wiederbeschaffung aller produktiven Güter würde aber den Tod der industriellen Arbeitskraft und der Verarmung des kulturellen Mittelstands gleichkommen. Ein alle produktiven Kräfte erhaltender Ausgleich muß aber gefunden werden.

Um diese Kluft zu überbrücken, sind Vorschläge gemacht worden, der Landwirtschaft einen höheren Umlagepreis zu gewähren in Form von Düngemitteln. Hierdurch sollte verhindert werden, daß der der Landwirtschaft zustehende Mehrertrag konsumiert oder nicht direkt produktiv (Hausbauten usw.) angelegt wird, sondern unmittelbar produktionsfördernd wirkt. So hat die preussische Regierung beim Reichsrat beantragt, die Erhöhung des Umlagepreises an die Landwirtschaft in Form von Chilealpeter auszusprechen. Nach diesem Vorschlag sollte schon die Ernte von 1923 um 3-4 Millionen Tonnen erhöht werden können, so daß der Entwurf von Auslandsgetreide sich erübrigen dürfte. Auch die Arbeitsnachweise von Deutscheren durch Rekrutierung des etwa 27 Millionen Hektar betragenden Deut- und Moorlandes müßte für eine Zeit kommoder Arbeitslosigkeit in Betracht gezogen werden.

Die Getreidepreise an dem Berliner Getreidemarkt sind in der letzten Woche nicht nur der gewaltigen Devisenveränderung gefolgt, sondern sie überholten diese um Teil erheblich. Diese Erscheinung zeigt, daß die Landwirtschaft zur Zeit auch kein freies Getreide zum Markt bringt. Der Einfuhrhandel ist nicht durch die Rüstigkeit. Sollten diese Vorgänge andauern, wird man sich auf diesem Gebiet nicht ohne regulierenden Eingriff auskommen. Die freie Wirtschaft zeigt ihre Grenzen!

## Unsere Wäuta.

Es wurden an der Berliner Börse gezahlt:

	20. 10.	19. 10.
1 amerikanischer Dollar	3551,10 M.	3192,00 M.
1 englisches Pfund	15780,50	14284,25
1 französischer Franc	264,55	236,40
1 holländischer Gulden	1381,58	1249,95
1 Schweizer Franken	644,38	588,53
100 österreichische Kronen	4,80	4,48
1 tschechische Krone	118,70	104,95
1 dänische Krone	705,23	644,35
100 polnische Mark	82,20	—

## Feinste Fleischbrühsuppen,

schmackhafte Gemüse, vorzügliche  
Suppen bereitet man reich und billig  
mit Maggi's Fleischbrüh-Würfeln.

# Vollversammlung der gesamten Betriebsräte Breslaus.

Sonntag, den 22. Oktober, vormittags 9 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Tagesordnung: 1. Wohnungsnot und Bodenfrage (3. Vortrag von Genossen Bentz). 2. Geschäftliches.

Eintritt nur gegen Vorzeigung der Betriebsräteausweisfarte. Zahlreichen Besuch erwartet Die Betriebsrätezentrale. W. Ruffert.

### Familien-Anzeigen

Mein lieber Gatte, unser guter Vater  
**Eugen Wolfsdorf**  
Prediger der Freien Religionsgemeinde zu Breslau  
ist heute unerwartet im Alter von 56 Jahren  
verstorben. 1272  
Breslau, den 20. Oktober 1922.  
In tiefstem Schmerz:  
**Eleonore und Ingeborg Wollsdorf.**  
Trauerfeier: Sonntag, den 22. Oktober,  
nachm. 1/6 Uhr, in der Halle Grünstr. 14/16.  
Beerdigung: Montag, den 23. Oktober,  
nachm. 1/4 Uhr, auf dem freireligiösen Friedhof,  
Bunzlauer Straße.

Am 18. Oktober verstarb plötzlich durch Unglücksfall unser Mitglied, der **Kesselschmid**  
**Max Brode**  
im blühenden Alter von 19 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
**Die Mitglieder der Kranz- und Unterstützungskasse**  
**der L.-H.-V., Abteilung Kesselschmiede.**  
Beerdigung: Dienstag, den 24. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle St. Bernhardin in Dürrgoy. 1285

Am 19. Oktober verschied nach langem, mit großer Geduld ertragenen Leiden meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante  
**Frau Emilie Zimmer**  
geb. Sacher 1270  
Dies zeigt schmerz erfüllt an  
**Ernst Zimmer nebst Kindern u. Verwandten.**  
Beerdigung: Montag, 23. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des freireligiösen Friedhofes, Bunzlauer Straße.

**Metallbetten**  
Stahlmatt., Kinderbetten  
bis an Frau Katalog 64 k frei  
Eisenmöbelfabrik Sahl (Thür.).  
**Sohlenleder-**  
**Ausschnitt**  
in allen Größen und Stärken  
preiswert 4064  
**Gebr. Tischler**  
Biederhandlung  
Weidenstraße 4  
Filiale: Sandstraße 18.  
**Sportbojen**  
Oskar Dehmel,  
Rennmarkt 45.

Pfötzlich und unerwartet starb heute, am 20. Oktober 1922, im Alter von 56 Jahren, mitten aus seinem unermüdeten Schaffen herausgerissen,  
**unser Sprecher und Lehrer**  
**Eugen Wolfsdorf.**  
Wir verlieren in ihm unseren geistigen Führer, den Bildner unserer Jugend und furchtlosen Vorkämpfer unserer freigeistigen Bewegung.  
„Es kann die Spur von seinen Erdentagen Nicht in Kernen untergehen!“  
**Die Freie Religionsgemeinde Breslaus.**  
Trauerfeier: Sonntag, den 22. Oktober, 1/6 Uhr in der Halle, Grünstraße 14/16.  
Beerdigung: Montag, den 23. Oktober, 1/4 Uhr auf dem freireligiösen Friedhof, Bunzlauer Straße. 1273

**Deutscher Metallarbeiterverband.**  
Mittwoch, den 18. Oktober, nachmittags 6 Uhr, verstarb infolge Unglücksfalles unser Freund und Verbandskollege, der **Kesselschmid**  
**Max Brode**  
im Alter von 19 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
**Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.**  
Beerdigung: Dienstag, 24. Oktober, nachm. 3 Uhr, auf dem Bernhardin-Friedhofe in Gräbchen. 4240

Am 19. Oktober vormittags verschied nach langem, schweren Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante  
**Pauline Gutsche geb. Rohr**  
im Alter von 52 Jahren.  
Dies zeigt schmerz erfüllt an  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**  
Beerdigung: Montag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des St. Bernhardin-Friedhofes in Dürrgoy.

**Deutscher Metallarbeiterverband.**  
Am Mittwoch, den 18. Oktober, nachm. 2 1/2 Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der **Metallarbeiter**  
**Heinrich Teuber**  
im Alter von 39 Jahren. 4283  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
**Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.**  
Beerdigung: Sonntag, 21. Oktbr., nachm. 3 Uhr, v. d. Leichenhalle z. Gemeindefriedhofes in Gräbchen.

**Vorteilhafter und billigster Einkauf für**  
**Kinderwagen**  
**Korbmöbel**  
**u. Korbgarnen**  
bei der Firma  
**Breslauer Kinderwagen-Spezialhaus**  
Ind. Otto Urban, Breslau 2  
Gartenstraße 97, direkt am Hauptbahnhof  
4009 Fernruf Ring 7365  
Geöffnet 1895.

**Freisprud**  
Jeder Tag  
besitzt 24. Std. in 2. von  
Nachmittags 2. Uhr bis  
Abends 8. Uhr. In allen  
in allen Apotheken, Drogerien  
und Partikularien.

Wir empfehlen:  
**Die Volksbühne**  
Eine Sammlung von Einführungen  
= in Dramen und Opern =  
Herausgegeben vom Bildungs-Ausschuß der  
sozialdemokratischen Partei  
Deutschlands  
Jedes Heft nur 2,00 Mark.  
Bestellungen werden von der Expedi-  
tion dieses Blattes, sowie von sämtlichen  
Postverkäufern entgegengenommen







## Der Rechenfehler.

Von Alice Berndt.

Der Herr Rat war bereits über vierzig Jahre im Amt. Er dachte noch immer nicht daran, in Pension zu gehen. Es waren zwar jüngere Kräfte da, die an seinen Platz hätten vorrücken wollen, aber der alte Herr war hartnäckig und blieb. Seine Welt schmolz mit den Jahren immer mehr zusammen und wurde bis auf den schmalen Raum des Bürozimmers verengt. Hier erst fühlte er sich in seinem Element. Er sah über seine Akten gebückt und schrieb langweilige Zahlen neben- und untereinander. Er rechnete. Die Welt war für ihn ein Zahlenfeld.

Der Herr Rat hatte sich nie verrechnet. Rama behauptete dies. War aber keine bloße Rechenmaschine. Die Zahlen waren für ihn lebendige Dinge, bestimmte Wesenheiten, der Ausdruck der Einheit und Prägnanz. In seinen Gedanken herrschte dieselbe Ordnung wie in seinen Akten. Er sprach kein Wort zuviel. Was er sprach, gehörte immer zur Sache.

Er erfreute sich daher einer besonderen Achtung. Wenn er etwas sagte, fiel es auch ins Gewicht. Eines Tages stimmt dem Rat die Rechnung nicht. Das war ein merkwürdiger Fall, der ihm in seiner ganzen Amtszeit nicht vorgekommen ist. Bis jetzt hatte er immer noch sehr gewissenhafte Beamte unter sich. Und auch auf die junge Blondine, die seit zwei Jahren bei der Kasse sitzt, glaubte er sich unbedingt verlassen zu können.

Er schaut jetzt unter seinem Brillenglas mit einem prüfenden Blick auf das blaue Mädchen. Dann tritt er auf sie zu und laßt mit leiser, mahnender Stimme: „Es fehlen 50 000 Mark. Die Rechnung stimmt nicht.“

Der Rat hat das junge Mädchen scharf ins Auge gefaßt. Sie scheint die Worte zuerst nicht verstanden zu haben. Nach einer Weile aber begriff sie, sie wußt zusammen, erblickt und beginnt sofort nachzurechnen. Dann schüttelte sie den Kopf und sagt: „Es ist nicht möglich.“

Der Rat blinzt sie an. Sie hat noch etwas sagen wollen, aber sie ist unter seinem Blick verstummt. Sie weiß, daß er ein kühler Rechner ist. Er hat sich noch nie geirrt.

Die junge Beamtin verbringt eine schlaflose Nacht. Den nächsten Tag kommt sie ins Amt wie gewöhnlich. Sie sitzt bei der Kasse. Das Geld gleitet durch ihre Finger. Sie zählt, zählt richtig. Sie ist arm. Aber nie hat sie dieses Geld begehrt. Es war für sie eine gleichgültige, ferne Sache. Jetzt erst fühlt sie, daß das Geld eine Macht ist. Eine Macht von infernalischer Kraft. Eine Macht, die die Begierde unwiderstehlich reizt, die den Reinen in Versuchung führt und ins Verderben stürzen kann. Eine Macht, für die man alles waagt — Leben und Tod.

Der Rat beobachtet sie. Sie sieht elend aus. Gänzlich verändert. Er vermutet darin einen Beweis ihrer Schwäche, ihrer Schuld. Er nähert sich ihr, gleichsam nach einmal warnend, und sagt: „Kränken, Sie sind verantwortlich für die fehlende Summe.“ Die Worte wirken einen Schrecken auf sie, verdunkeln ihres Sinnes. Sie fühlt einen großen Ton in der Stimme dieses Mannes, einen Ton, der ihr Angst einflößt. Aber sie erhebt sich und sagt mit tränenerfüllter Stimme: „Ich bin unschuldig.“

Der Rat möchte dieser Stimme glauben, die aus der Tiefe eines bebenden Herzens zu ihm heraufbringt. Aber vor ihm liegt die Rechnung, das untrügliche Zahlenbild, das für ihn unwiderstehlich ist, unfehlbar wie ein Geleis.

Der Tag verzieht. Das junge Mädchen verbringt ihn in dumpfem Trüben. Aber die Hoffnung verläßt sie nicht ganz. „Morgen“, denkt sie, „wird die Lage sich vielleicht klären. Die nächsten Stunden müssen die Entscheidung bringen.“

Der nächste Tag aber vermehrt ihre Angst. Der alte Rat ist hartnäckig. Er sagt ganz kategorisch: „Meine Geduld ist zu Ende. Sie müssen die fehlende Summe ersetzen. Es gibt keine andere Lösung.“

Das Mädchen schweigt. Sie fühlt, als sie das Amt verläßt, daß alle Blicke auf sie gerichtet sind, daß sie in den Verdacht verstrickt ist wie in ein Labirinth. Sie weiß über keinen Ausweg. Sie hat zwei Mächte nicht gekannt. Sie hat sich ruhelos im Bett herumgewälzt. In diesen bangen Stunden hat sie alles erwogen, alles durchdacht. Ihre Lage ist verzweifelt. Das Geld fehlt. Vielleicht hat es jemand im Amt entwendet. Sie ist dafür verantwortlich. Der Verdacht liegt auf ihr.

Sie hat sich nie in einer ähnlichen, verzweifelten Lage befunden. Sie hat bis jetzt immer sorglos ihre Tage verbracht bei ihrer Mutter, einer heischenden Witwe, die selbst nach Möglichkeit am Haushalt teilnimmt. Sie hat einen Bräutigam, einen Mann, den sie liebt. Die Zukunft war für sie bis vor kurzem eine glückliche Verheißung.

Sie geht am Abend nach Hause, um etwas zu essen. Aber sie kann es nicht. Ihre Kehle ist wie zugesogen. Sie muß an die Luft. Sie geht durch die Straßen. Die Dämmerung tut ihr wohl. Ihre Herden kommen in der Dunkelheit zur Ruhe. Sie geht ohne Ziel. Die Häuser der Stadt verfallen, weite Felder, unbeschnittene, nehmen sie auf. Durch die Ebene ziehen zwei eisene Stränge. Es sind Schienen. Wenn das Mondlicht auf sie fällt, leuchten sie gleichend auf wie Schlangen.

Da steht sie in der Ferne einen schwarzen Punkt. Er dehnt sich gleichsam unter ihren Blicken aus, wird eine Linie, schließlich etwas Festes, Unerschütterliches, Gigantisches, das mit rasender Geschwindigkeit vorwärts getrieben wird. Es ist der Zug.

Ihre Augen sind weit geöffnet. Sie sieht die Laterne, die aufstrahlt wie ein rüchliches Auge, die Räder, die den langgewundenen Leib bewegen, den Dampf, der über dem Angetriebenen schwebt wie eine Wolke. Die Lokomotive kommt näher. Die Gedanken, die Bilder jagen stürmisch durch ihr Hirn. Sie fühlt sich zwischen zwei Arten des Grauens hineingepreßt in die kurze Spanne eines Augenblicks.

Wenn sie sich dem Schicksal entgegensetzt, das da heranweht mit verhallender Riesentratt, dann entgeht sie der Ungewissheit des nächsten Morgens, dem lauernden Verhängnis und seiner Fein.

Eine Sekunde lang schwanzt ihre Seele. Wie ein schwaches Rohr, das festgehalten wird durch die Wollust der Abendluft, durch das liebliche Spiel des Windes und die verdamnende Glut der Farben.

Sie tut noch einen tiefen Atemzug. Die Empfindungen gehen über sie weg wie eine rauchige Welle. Dann verhält sie ihr Antlitz und wirft sich auf die Schienen nieder.

Der Schreckenszug hat sie erfasst, und wie ein vorstürzendes Tier zermalmt er ihre Glieder.

Das Gerächel von dem Selbstmord verbreitet sich. Als der Rat in das Amt kommt, weiß er es schon.

Er ist unruhig. Er beugt sich nervös über seine Akten, er überprüft die Tabelle noch einmal, sein Auge gleitet über die langweiligen Ziffern. Er rechnet.

Was ist das? Rechnen ihn diese Zahlen? Er kann den Fehler von gestern nicht mehr entdecken. Wie ein Soldat steht jede Ziffer an ihrem Platz, gewappnet gleichsam in ihrer Bekanntheit und Ordnung.

Er greift sich an die Stirn. Hat er Fieber? Er muß Gewissheit haben. Er winkt einem Kollegen und ersucht ihn, nachzurechnen.

Der Beamte vertieft sich in dem Aktenfeld. Dann reicht er es dem alten Herrn mit den Worten: „Die Rechnung stimmt. Der Herr Rat hat sich gestern geirrt. Schwabe...“

Seit mehr als vierzig Jahren das erste Mal. Und gerade diesmal kostet es ein Menschenleben.

Der alte Herr hat diese Worte nicht ausgesprochen. Sie gleiten nur durch sein Bewußtsein. Aber er hat das Gefühl, als hätten sie sich allen Anwesenden mitgeteilt wie eine elektrische Entladung und als seien alle erschüttert durch diese Wahrheit.

Er steht da und schweigt. Sein Auge aber haftet an dem Punkt, wo gestern die junge Beamtin gesehen hat. Der Blick ist leer.

## Winterhaltung.

Nun sind die Felder kahl und stille,  
Das letzte bunte Vogellied verklagt.  
In kelt'nen Kellern liegt der Gärten Frucht und Süße,  
Rauh weht der Wind, die lange Nacht unmaßlang  
Ein winterliches Größeln, und die weiße Hülle  
Des Schnees weht bald den dunklen Wald entlang.

Der frohe Wanderer selbst hält ein im Schreiten,  
Ein banges Größeln, ach, erarrt auch ihn.  
Er fühlt die sommerliche Lust aus seiner Seele gleiten,  
Er sieht die Vögel nach dem Süden zieh'n.  
Er sieht die Felder leer, vorbei des Sommers Herrlichkeiten,  
Er möchte selber nach dem warmen Süden zieh'n.

Schon schlägt der Sturz nicht mehr die blauen Wellen  
Ans grüne Ufer; Baum und Strauch erstarrt.  
Die Blätter sind verweht; die Wolken schnellen  
Am dunklen Himmel hin, der schwerer Stürme harret.  
Arm ist die Erde worden und die Heßen  
Freuden des Sommers haben uns wie manches Gild genarrt.

Die Stadt liegt grau in Angst und dumpfem Warten,  
Die Kälte klammert sich an jedes Haus, an jeden Stein.  
Der Hunger wandert durch den keimernen, unseligen Gatten,  
Und tritt bei dem und jenem ungedehnten ein.  
Die Tage werden dunkel und die harten  
Fesseln der Not schnappen um unsre kühlen Hände ein.

Ihm aber ist, als sähe er sie im Geiste hoch aufgerichtet vor sich und als spräche sie lächelnd: „Ich bin unschuldig gewesen.“ Als triumphiere noch nach dem Tode die Stimme des Herzens über den kläglichen, ewig rechtshaberischen Verstand.

Der Rat fühlt, wie plötzlich alle Blicke ihn treffen, bei ihm zusammenstreffen wie in einem Brennpunkt. Selbst ihre Gedanken kreuzen um ihn. Sie beurteilen, verdammen, verfluchen ihn.

Da legt er die Akten aus der Hand, nimmt den Mantel, den Hut, den Stock. Er merkt, daß man ihn genau beobachtet, seine feiner Bewegungen, seiner Gesten laffen sich die Zuschauer entgehen.

Er weiß selbst kaum, wie er auf die Straße gelangt. Oben im ersten Stockwerk werden die Fenster geöffnet. Viele Augenpaare blicken ihm nach. Er hat den Hut abgenommen. Sie sehen, wie der Wind seinen Mantel bläht, wie er über sein weißes Haar streicht, über seinen lang herabwallenden, grauen Bart. Er geht frecht, über seinen lang herabwallenden, grauen Bart. Er geht frecht, über seinen lang herabwallenden, grauen Bart. Er geht frecht, über seinen lang herabwallenden, grauen Bart.

## Angestellte und Alkoholfrage.

Es ist leider eine in der Geschichte der Menschheit fast immer wiederkehrende Erscheinung, daß Völker in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges dem Alkohol in nie zuvor dagewesener Weise zusprechen. So muß auch festgestellt werden, daß auch unser Volk trotz der immer mehr schwindenden Kaufkraft seines Gesamteinkommens, soweit es die Arbeitnehmer umfasst, noch recht beträchtliche Summen für geistige Getränke verschleudert. In dem Maße, wie man sich dem Alkoholismus hingibt, sinkt die Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer, sinkt die Produktion, sinkt die Einnahmen der Arbeitgeber, sinkt die Einnahmen der Staat. In dem Maße, wie man sich dem Alkoholismus hingibt, sinkt die Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer, sinkt die Produktion, sinkt die Einnahmen der Arbeitgeber, sinkt die Einnahmen der Staat.

In unserem Volk besteht ein noch weitverbreiteter Irrglaube über Heilwirkungen und sonstige gesundheitsfördernde Eigenschaften des Alkohols. Wissenschaftler haben versucht, durch Experimente diese Ansichten auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen, und erbrachten den Nachweis, daß der Alkohol, ganz gleich in welcher Form genossen, ein Gift ist und schon kleine Mengen hieron genügen, um die Lebensfunktionen des Körpers zu stören. Ganz besonders auffällig zeigt sich sein unheilvoller Einfluß bei dem Genuß des Menschen, in welchem sich bekanntlich alle die Vorgänge wie Atmen, Denken usw. abspielen. Wird das Gehirn irgendwo in seiner Tätigkeit beeinträchtigt, wie dies z. B. durch

die lähmende Wirkung des Alkohols geschieht, so mindert sich damit auch zugleich seine Denkfähigkeit, gerad bis zur vollständigen Verblöding, bei fortgesetztem starkem Alkoholgenuß. Von welcher nachteiligen Bedeutung derartige Gehirn für die Ausbreitung unserer Ideen sind, darauf näher einzugehen, erübrigt sich wohl an diesem Platze. Auch andere Teile des Körpers werden durch den Alkoholgenuß sehr in Mitleidenhaft gezogen, so daß beispielsweise bei Alkoholikern eine frühzeitige Zerbrechlichkeit ihrer Leistungsfähigkeit zu verzeichnen ist. Von den unheilvollen Folgen auf dem Gebiete der Volksvermehrung soll hier nicht gesprochen werden, denn es würde zu weit führen, alle die Schädigungen des Alkohols im Rahmen einer kurzen Abhandlung zu behandeln. Nur noch auf eine besonders heute aktuelle Schattenseite des Alkoholismus sei mir erlaubt, noch hinzuweisen. Ungeheure Mengen wichtiger Lebensmittel werden jährlich verzehrt, und während täglich das Brot nicht nur teurer, sondern auch qualitativ schlechter wird, der Inlandszucker aus dem Handel verschwunden, und uns die Not zwingt, erwerber unserer Kinder nach dem Ausland zur Erholung zu schicken oder aber wir müssen müssen, wie amerikanische Menschenfreunde unserer Jugend durch Speisungen usw. hilft, ist für die Brauereien und Destillateure eine Konjunktur herbeigeführt worden. Diese freudig der vermehrte Volksangehörige über die Bekanntheit, vom Alkohol hochprozentiger Biere und Schnäpsen zum Uebermaß an allen Orten aus dem Boden raffiniert eingetriebene Alkoholen, Dielen usw. empör.

Leider ist der Blick vieler nicht so geklärt, um diesen Widerspruch zu sehen, oder wenn sie das Widersinnige damit empfinden, dann kommen sie meistens mit verschiedenen Ausreden, um ihre liebgewordene Gewohnheit, von der zu trennen sie oft nicht mehr die Willenskraft haben, mitunter noch durch ein soziales Mädelchen zu täuschen. Oft wird in diesem Falle dann der volkswirtschaftliche Nutzen der Alkoholindustrie angeführt und mit dem Hinweis auf die eventuelle Arbeitslosigkeit infolge der Stilllegung der Brauereien und Brennereien die Notwendigkeit der Beibehaltung der Alkoholfabrikation begründet. Bei diesem Einwand wird zur bedauerlichen Weise übersehen, daß das bisher für Bier usw. ausgegebene Geld doch im Lande bleibt und dann, eine Veredelung der Bedürfnisse der Einzelnen vorausgesetzt, anderen Zwecken zugeführt werden kann, wodurch entweder neue Industrien ins Leben gerufen werden oder andere mehr beschäftigt würden. Wollte man überhaupt den oben bekämpften Standpunkt einnehmen, dann wäre jeder Fortschritt ausichtslos. Außerdem ist doch zu bedenken, daß selbst bei einer vorübergehenden Arbeitslosigkeit, verursacht durch die Forderung, die dadurch hervorgerufene Mehrbeschäftigung der Kommunen usw. bei weitem von dem Nutzen infolge der Erhaltung an Ausgaben für Heilanstalten, Krankenhäuser usw. nicht nur aufgewogen, sondern sogar übertraffen werden dürfte. Immer wieder kann man in der Presse Klagen darüber lesen, daß die Bildungsinstitute wie Schulen, Bibliotheken wegen der Geldnot nur noch in eingeschränktem Maße bestehen können. Woziel könnte dann auf diesem Gebiete getan werden, sofern nur ein Bruchteil von den in Alkoholgetränken umgesetzten Summen hierfür verwendet würde!

Es ist aus allen den vorerwähnten Gründen zu begründen, daß die Gewerkschaften bei ihren vorgelegenen Maßnahmen zur Linderung der Not auch die Einschränkung der Alkoholzeugung ins Auge gefaßt haben, und es wäre nur zu wünschen, wenn auch diese Forderung ausreichend von den eigenen Mitglieðern unterstützt würde. Ist es daher der Kollegenchaft, die eigentlich das Haupt der gesamten Arbeiterbewegung bilden sollte, ernst mit der Befreiung ihrer Ziele, dann dürfen die Kollegen an dem Alkoholproblem nicht interesselos vorübergehen, sondern müssen auch dieses in den Kreis ihrer Beträchtungen ziehen. Die Nüchternheitsbewegung ist für die Besserstellung unserer Lebensbedingungen, für die wir doch alle kämpfen, sowohl vom gesundheitlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und organisatorischen Standpunkte ebenso wichtig, wie eine gute Propaganda für die Entwicklung unserer Ideen. Deshalb muß jeder Bürger seiner staatsbürgerlichen Verantwortung bewußte Kollege mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dafür sorgen, daß die Aufklärung über die Gefahren des Alkohols zu ihrem Recht kommt, damit einer der gewaltigsten Faktoren im Fortschritt der Menschheit, die Bildung, Gemeingut unseres Volkes zu unserer aller Segen wird.

W. B. Interessenten wollen sich an die hiesige Ortsgruppe des N. A. B. wenden, deren Tagungen in der „Volkswacht“ angezeigt werden.

## Antwort der Armut.

Von Dr. Hellmuth Fallentfeld.

Daß Armut keine Schande ist, ist nur eine halbe Wahrheit; sie ist ein Schande — freilich nicht für den von ihr Befallenen, sondern für die Gesellschaft, die den Armen unmaß und duldet. Den Unwert der Armut beweisen zu wollen, erscheint paradox, denn dem natürlichen Empfinden erscheint Armut als der schärfste aller Zustände. Aber man muß doch den Unwert der Armut beweisen, weil es zu viel (interessierte oder aufstrebige) Menschen gibt, die in dem Armeinen einen Segen oder gar einen positiven Wert sehen.

Diese Vorurteile der politischen Ökonomie schloßen nämlich so: Die eigentlichen Werte des Menschen liegen jenseits der ökonomischen Bestwert; Reichtum hat schon manchmal die Bestimmung auf die wahren, mehr als ökonomischen Werte vergessen lassen. Folglich ist Reichtum ein Uebel, folglich ist Armut ein Segen.

Schon die verachtete formale Logik entlarvt die Heuchelei und die Falschheit dieser Sätze. Wenn auch Reichtum schon manchmal dazu geführt hat, die Bestimmung auf die wahren Werte zu stören, so läßt dies den Schluß auf die Schlechtigkeit des Reichtums nicht zu, weil Reichtum ja nicht immer diese Folge gehabt hat.

Noch unglücklicher aber ist der zweite Satz, daß Armut ein Segen sei. Denn selbst wenn Reichtum ein Uebel wäre, könnte aus diesem Satz noch nicht auf die Tatsache geschlossen werden, daß Armut ein Segen ist.

Der richtige Gedanke, aus der falsch geschlossenen und falsch aufgestellten Schlusreihe herausgeschält, lautet: Aller Reichtum ist nur ein Bestwert und ist an sich in Bezug auf die Entfaltung der wahren Werte, der sittlichen und der Bildungswerte, indifferent. Wenn nun aber auch das Dasein von Bestwerten in Bezug auf die Entfaltung der Persönlichkeit indifferent ist, so ist darum noch nicht das Fehlen dieser Bestwerte dem Ziele der Vollendung der Persönlichkeit gegenüber gleichgültig. Ihr Fehlen bedeutet nämlich nicht bloß ein Negatives: Unbedürftigkeit von der Last des Bestwertes, wie es die Menschenfreude des „Hans im Glücke“ ausmacht, sondern bedeutet etwas Positives: Bekümmerte Bestwert. Armut bedeutet gerade das: die nach Bekümmertsein von Göttern und Bildung strebenden Menschen den Raum an seiner Lebenszeit, die er hier mit der völlig gottlosen, durch nichts zu rettenden Gorge ausfüllt, wie und wovon er im nächsten Augenblick verzichten soll.

Die Armut ist ein Diebstahl an unsterblicher Lebenszeit; mit Recht hat Richard Dehmel das soziale Problem in seinem Gedicht „Der



Arbeitsmann" in den Worten „zur Zeit" zusammengefaßt. Nicht die Arbeit, auch nicht die um bloß ökonomischer Ziele willen geleistete, erzeugt die Sorge. Die Armut bricht wie eine unerbittliche Sorge über alle in unsere Zeit, auch in unsere Arbeitszeit hinein, uns überall mit der Sinnlosigkeit ihrer an die Erde fessellende Sorge verfolgend. Die Armut macht ihre Rechte überall geltend, während die getane Arbeit uns zu uns selber und zu (einzig positiv wertvollen) Aufgabe der Vollendung unserer selbst entläßt.

Die Armut ist ein Unwert, und es ist die freieste Gesundheit, die niemals die Sorgen der Armut kennen lernten. Armut für ein Glück (für die anderen) auszugeben. Freilich läßt sich als Besitzer der leicht arm, nüchtern, bescheiden leben; denn gerade hier liegt ja der eigentümliche Charakter der Armut: die die wahre Lebenszeit raubende Sorge. Armut läßt sich erst mit gutem Gewissen propagieren, wenn alle — nicht reich, aber in ihren Lebensbedingungen gehärtet sind. Der Junker wurde auch nicht arm in unserem Sinne — er schränkte nur die Lebensbedingungen auf ein Minimum ein. Freiwillige Armut ist keine Armut, denn wer freiwillig arm ist, wird es, weil er keine Bedürfnisse zu verfeinern imstande ist, eine gewis philosophische Lai, da sie uns auch dem bedürftigen Leben entzieht und die Mäßigkeit näher rückt, den Zielen, dem Sinn des Lebens, näher zu sein. Aber unfreiwillige Armut wirkt uns, da sie von außen kommt, gerade tiefer in das Reich der Bedürftigkeit hinein, läßt uns vor der Sorge um das, was wir zum Leben brauchen, nicht zum Sinn des Lebens selbst kommen. Kein Diogenes und kein Antisthenes hätte an unserer Zeit von Armut Gefallen gefunden. Sie wollten das Freileben von Bedürfnissen, nicht die Sorge um die Stillung der Bedürfnisse. Die Armut, deren Begleiterin die Sorge ist, reißt die jammervolle Unendlichkeit der geistlos fordernden Materie auf. Der Mensch ist für eine bessere Unendlichkeit geboren.

### Der Tausendfüßler.

Von Peter Söher.

Auf dem Balkon des fünften Stockes das volle Schnapsglas golden in der Sonne.

Die leere Flasche stand unten am Boden in der Ecke im Schatten.

Es war ein letzter sonniger Tag im Herbst.

Der Trinker hatte sich einen solchen Tag ausersehen, um Abschied zu nehmen — vom letzten Schnaps.

Denn einen neuen konnte er sich nicht mehr kaufen.

Der Trinker, der, wie es sich versteht, ein natürlicher Mensch war, hatte sich für diesen Abschied ein festliches Programm erdacht.

Er wollte dem Glase eins von seinen letzten edlen leinernen Tischentwürfen unterlegen und, im Korbstuhl davor sitzend, eine Weile den köstlichen Schnaps von der Sonne durchleuchten sehen.

Dann wollte er mit einem raschen Entschluß aufstehen und in Gedanken an einen lieben Menschen, oder an zwei, zu einem Zuge austrinken — nicht aber das Glas, nach dem Vorbilde des Königs in Thule, Minutenschnaps, sondern es, als ein schlichter Mann in unromantischer Zeit, in seinen Schrank verschließen.

So hatte er es geplant und bis zum feierlichen Augenblick war alles richtig vor sich gegangen. Unter das golden funkelnde Glas war ein blendend weißes Tuch gebreitet und der alte Korbstuhl stand bereit. Da fiel dem Trinker im letzten Augenblick noch ein, als auch der Gasthau zugedröhrt sei.

Als er beruhigt zurückkam, sah er entsetzt einen ekelhaften Tausendfüßler in dem Schnaps schwimmen.

Da dachte er: O verflucht — wenn es wenigstens eine Fliege wäre! Und er sah hieren Blicks den verzweifeltsten Bindungen des Tieres zu, das in seinem Reich mit jedem seiner tausend Füße tausend verrückte Bewegungen zu vollführen sucht.

Der Trinker empfand: So denke ich mit meiner Seele ohne die Möglichkeit des Kaufes! Und eine bestimmte Traurigkeit kam über ihn.

Wahrscheinlich fiel ihm ein: Heißt es nicht im Gefangbuch oder wo: Wer Sorgen hat, hat auch Bistör? und er wiederholte drei, vier mal mechanisch diesen Spruch.

Worauf er sich erhob, mit einem Zändholz den beiratenen Tausendfüßler aus dem Glase fische und, sich Küttelnd, aber gierig, mit einem Ruck den Schnaps hinunterstürzte.

Dann fiel er in den Stuhl zurück und es war ihm schauernd bewußt, daß er einzig seines bittersten Feindes gedacht hatte.

### Breslau einst und jetzt.

Albert Schmale, Breslau. Eine Heimatkunde.

Ferdinand Hirt, Verlag, Breslau.

Eine ausführliche Darstellung, die in systematischer Anlage und alle in Betracht kommenden Fragen berührend sich mit unserer Heimatstadt Breslau befaßt. Nicht für den Spezialwissenschaftler gedacht, sondern für den Laien als belebende Be-

### Arbeiter und Kunst.

Von Hermann Lange.

Wer über das Verhältnis der Arbeiter zur Kunst sprechen soll, der muß ausgehen von den Voraussetzungen und der Befähigung zum Kunstgenuss überhaupt. Es ist in der Tat keine allen Menschen eigentümliche Fähigkeit, Kunstwerke zu erleben oder gar zu schaffen. Nur wer die Kraft, die das Werk hervorbrachte, auf sich wirken lassen und ihnen Gewalt an der Eingabe seiner selbst ertönen kann, der ist des vollen Kunstgenusses fähig und gewis.

Die, welche da sagen, bei einem Stück konnte es nur auf seine Moral oder auf andere bestimmte Dinge an, sind im Tiefsten un-künstlerische Menschen, die einen Teil für das Ganze nehmen, weil sie aus Mangel an innerer Entwicklung nicht anders können oder aus einer schiefen Grundbeurteilung heraus nicht anders wollen.

„Alle Kunst ist ganz wechsell", sagte Oskar Wilde. Damit will er weder eine Umkehrung des Wortes von der Kunst für die Kunst, noch aber eine Berichtigung über jede Wirkung geben. Der Sinn des Satzes ist vielmehr der: Alle Kunst ist ganz absichtslos. Freilich soll sie nicht wirkungslos bleiben. Die Wirkung ist zwar nicht der Zweck, doch aber eine Eigenschaft des Kunstwerkes, die gerade bei der besten Gestaltung ausgeprägt ist. Wenn es ist ein Unterwürfiger, ob ich bereit bin, mich dem Werk innerlich ganz, wenn auch nicht untrüßlich, hinzugeben oder aber, ob ich von vornherein bestimmte Bedingungen stelle.

Die Kraft zur Kunst ist ein Verhältnis zu kommen, das mit dem lebendigen Geist endet, kann ebenso gut angeboren wie erworben sein. Sie kann aber auch, wenn sie da ist, durch die Mängel der Arbeit verhindert oder durch eine aus falscher Entwicklung entspringende Verhinderung des geistlichen Mittelstandes aufgehoben werden. Nicht viele Arbeiterkinder sind in der Lage, ihren Kindern volles Lebensgefühl anzugeben. Die Befähigung jener Künstler, die die besten Kräfte des lebenden Arbeiters repräsentieren, ist in erster Linie eine Aufgabe der sozialen Revolution. Aber viele Arbeiter können das große Vor zum wahren Erlebnis noch während des Kampfes um die Befreiung dadurch aufheben, daß sie sich von falschen Vorstellungen frei machen.

Das höchste Bedürfnis des Hand- und Kopfarbeiters ist das nach körperlicher und geistlicher Erholung mit dem Entschluß, seine Bewusstseinskräfte wieder aufzurichten. Das Problem, wenn er sich an die Kunst mit der Forderung heranzutritt, daß sie einen ihm unerschöpflichen Reichtum zu bieten habe. Man könnte den nicht ohne weiteres erfüllbaren Teil der Befähigung in drei Gruppen einteilen. Zur ersten Gruppe gehören die, welche im Kampfer noch nichts anderes als geistliche Erholung suchen. Sie sehen im Theater eine Art literarischer Halberbrotarbeit, und die Aufgabe des Kunstwerkes ist für sie erfüllt, wenn sie persönlich Lust empfinden. Die zweite Gruppe bilden die, welche das Kunstwerk nicht als Erholung suchen. Man ist im Theater gleich der Sportler, der dem Zuschauer der Leistung der Kunst

Schreibung, als ein mit Weisheit und Umsicht erzählender Führer durch Gegenwart und Vergangenheit einer Stadt, die ihren Charakter noch nicht gefunden hat. Der Versuch bleibt dann wertlos, auch wenn man ein oder das andere Kapitel gern anders angelegt wünschen möchte. Die Literatur über Breslau, die weitverzweigt und nicht immer leicht zu erreichen ist, ist ausgiebig benutzt und in Nachweisungen am Schluß der einzelnen Abschnitte angeführt. Schon ein Blick auf das Inhaltsverzeichnis gibt von der Fülle des verarbeiteten Stoffes eine Vorstellung. Geologische und klimatische Bedingungen, die Pflanzenwelt und die Tierwelt sind ebenso in den Kreis der Betrachtung einbezogen, wie Geschichte, Volkstunde, das Stadtbild usw., Handels- und kulturpolitische Erwägungen, städtebauliche und künstlerische Orientierungen machen das Buch für jeden brauchbar und empfehlenswert, der über Straße und Hausnummer hinaus „unser Breslau" kennen lernen will. Dann muß man es freilich nicht nur gelegentlich, in einer Siffiotafel, etwa als Nachschlagewerk, in die Hand nehmen, sondern es ganz durchlesen. Der Gewinn wird die aufgewendete Mühe in jedem Falle reichlich lohnen.

### Vermischtes

#### Der verschluckte Löffelstiel.

Strafgefangene suchen sich bekanntlich ihrer Gast durch allerlei Selbstschädigungen zu entziehen, die manchmal ein geradezu erstaunliches Maß von Energie und Entgegenkommen zeigen. Die Hungerstreiks, die manchmal aus Juchhären gemeldet werden, sind ein Beispiel dafür. Wohl die häufigsten dieser Selbstschädigungen aber bestehen im Verschlucken von Gegenständen. Mehrere Beobachtungen bei den Strafgefangenen der Strafanstalt Gießenburg bei Torgau berichtet Dr. Kern in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift". Es gibt Gefangene, die damit geradezu einen Sport treiben. Nun können selbst ziemlich lange Fremdkörper den Magen-Darm-Kanal unbehindert passieren. Kern erzählt von einem Fall, in dem ein Strafgefangener ein 14 Zentimeter langer und über 2 Zentimeter breites Gabelstiel verschluckte, das nach acht Tagen ohne Schädigung abging. Nicht immer aber verlaufen diese gefährlichen Experimente so harmlos. Ein 19-jähriger Strafgefangener kam ins Krankenhaus, weil er eine große Anzahl rostiger Nägel, Drahtstücke und Eisenstücke verschluckt hatte. Nur einigen Schmerzen auf Druck an ein paar Stellen war nichts Krankhaftes an ihm zu bemerken. Auch während des ganzen Krankheitsverlaufes bestanden nur hin und wieder härtere Schmerzen und einige Male Erbrechen. Da ihm diese Leistung augenscheinlich noch nicht genügt, zerbrach er plötzlich im Beisein des Arztes einen Löffelstiel und verschluckte ihn. Bei der Röntgen-Untersuchung ließ sich feststellen, daß der verschluckte Löffelstiel wahrscheinlich im Zwölffingerdarm lag. Da nun mehrere Versuche nicht ausreichten, mußte zu einer Bauchoperation gezwungen werden, und es wurde der 11,5 Zentimeter lange und an seinem breiten abgerundeten Ende 2 Zentimeter breite Löffelstiel entfernt.

#### Ein bedenklicher Beschluß des Völkerbundes.

Die allgemeine Sitzung des Völkerbundes beschloß, den Bericht des Generalsekretärs über Eperanto in den Schulen gutzuheißen mit den Empfehlungen der Kommissionen. Nach diesen Beschlüssen bittet der Völkerbund das ständige Komitee der Wissenschaftler um die Meinung über das Weltsprachproblem. Die Delegierten von Finnland, China, Japan, Belgien, Südamerika und Bulgarien unterstützen warm die Erhebung des Eperanto zur offiziellen Sprache. Einen Bericht in diesem Sinne gab der berühmte Sprachwissenschaftler R. R. R. R., Professor an der Universität Oxford, Lord Robert Cecil, der bekannte englische Staatsmann, trat warmhellig für die Unterstüßung des Eperanto ein.

#### Vorwärts und Aufwärts.

Für die Sozialdemokratie ist die Rückwärtsentwicklung: sie wird nicht kommen, was volle, von ihrem bisherigen Boden abdrängen oder zurücklassen, bedeutet. Bedeutend höherer Wege zu betreten; sie hat keinen Grund, ihren Feinden gegenüber sich zu Unbedenkenheiten und gewöhnlichen Gewalttätigkeiten verleiten zu lassen. Statt in dem Bewußtsein, daß die ganze geistliche Entwicklung ihr in die Hände arbeitet, und sie durch die Macht der Gründe und die Gerechtigkeit und Selbstverständlichkeit ihrer Forderungen der Kritikationsstern für alle wird, die an einer neuen gesellschaftlichen Ordnung auf sozialistischer Grundlage interessiert sind, und das ist schließlich die große Mehrheit, kann sie ihren Fußes und heiteren Auges das Kommende erwarten.

Ernst Rebel.

ihrer Artung. Die dritte Gruppe jetzt sich aus ihnen zusammen, die überhaupt nur das Amüsante suchen.

Mit den Angehörigen der drei erwähnten Gruppen hat auch die Volksbühne außer den ohne weiteres Erlebnisfähigen zu rechnen, zumal die Möglichkeiten der eigenen Fortentwicklung der Arbeiter mit der zunehmenden Vererbung fortwährend geringer werden und auch die literarische Umzubildung unserer Volksschüler noch immer damit endet, daß sie am Ende ihres Lebens fragen, wer denn nun der „berühmtere" Dichter sei, Goethe oder Schiller.

Die Volksbühne ist heute auch für die Arbeiter die Stätte, die sowohl nach ihrer geistlichen als auch nach ihrer geistigen Grundlage am ehesten und häufigsten Anlaß auf die Entwicklung des bildungsbedürftigen Menschen zu gewinnen vermag und deren Arbeit darum bei der Frage des Verhältnisses der Arbeiter zur Kunst besondere Beachtung verdient. Die Volksbühne hat zwar auf die unerschöpfliche Anpassungsfähigkeit ihrer Mitglieder Rücksicht zu nehmen; keinesfalls aber darf sie den zahllosen Wünschen mehr entgegenkommen, als die Erziehung des Volkes das fordert. Begreiflicherweise besteht gerade bei der Gruppe der Arbeiterkinder immer heftiger nach Erfüllung ihrer Forderungen („Lauter Spiel hat man im Leben genug"). Aber um davor zu warnen darf die Erziehung nicht an dem, die auf dem Wege sind, nicht leiden. Der Wille der Arbeiterkinder geht dahin, sich zu „erlösen". Zum Erlebnis kommt man aber nicht durch Zerstreutheit, sondern allein durch die Konzentration. Die, welche Erholung suchen, bringen bereits eine Sammlung (man muß sich nur auf sie und ihre Zwecke), die Intelligenzierung sogar schon eine gewisse Konzentration in der Richtung auf das Werk mit. Eine Aufmerksamkeitsnahme zur Hingabe werden zu lassen, ist der Volksbühne um so leichter, als das gemeinschaftliche Erleben und das gemeinsame, planmäßige Zusammenwirken von Werk zu Werk in ihrem Wesen liegt.

Der Mangel der durchgängigen Arbeiterbildungsbestrebungen war bisher das Vorherrschende des Bewusstseins der Teilnehmer, daß sie sich interessieren, daß sie sich bilden aber auch daß sie sich verhalten sollten; ganz abgesehen davon, daß die Auswahl der Stücke keine fortwährende Verbesserung des Geistes erreichen konnte. Im letzten Grunde haben die Arbeiter solcher Veranstaltungen noch fast herabsetzende Anschauungen. Es fehlt das Bewußtsein, nicht um einer Unterweisung, sondern um einer Erlebensgemeinschaft willen sich zusammenzusetzen. Schon das Wissen, nur mit Bewusstseinsfragen im Theater zusammen zu sein, kann die notwendige innere Konzentration nicht verhindern. Die Volksbühnenmitglieder dagegen haben keine andere Bindung untereinander als die durch ihr gemeinsames Verhältnis zur Kunst. Die ideale Volksbühne, besonders dann, wenn ihre Arbeit nicht nur der Unterhaltung, sondern auch der Bildung der Arbeiter dient, wird alle anderen Bildungsbestrebungen, weil sie den ganzen inneren Menschen erfasst, an Erfolg überlegen machen. Die Aufgabe der Volksbühne von heute wird es sein, den wahren Ziel anzuvisieren zu kommen.

### Körperkultur

#### Fußballsport.

Serienspiele am Sonntag, den 22. Oktober.

Sonderklasse:		Schiedsrichter:	
3 Stern I	West I	Gräßchen	Janech
3 Stern II	West II	Gienpart	Wende I
3 Breg I	Sparta I	Breg	Machner
1 Breg II	Sparta II	Breg	Machner
3 Süd I	B. f. S. I	Krieten	Quarg
3 Süd II	B. f. S. II	Gienpart	Neumann
3 Sturm I	Dels I	auf Vereinar.	Stöbe
1 Sturm II	Dels II	auf Vereinar.	Stöbe

A I-Klasse:		auf Vereinar:	
3 Fr. Sportf. I	Wader I	Gandau	Wäfel
3 Gienlaub I	Möde I	Oltsch	Großmann
3 Union I	Ohlau I	Deutsch-Ossa	Mahler
3 Riders I	Breslau 22 I	Gräßchen	Kloje
3 Vorwärts I	B. S. 21 I	1921 Platz	

A II-Klasse:		auf Vereinar:	
1 Riders II	Wader II	Gräßchen	Koschel
1 B. S. 21 II	Fr. Sportf. II	1921 Platz	Zimmer
3 Gienlaub II	Ohlau II		Bräug (Breg)

III. Mannschaften:		auf Vereinar:	
1 Sturm III	Gienlaub III	Oltsch	Magehowski
10 West III	Fr. Sportf. III	Jantholzweie	Bräug

B-Klasse, I. Mannschaften:		auf Vereinar:	
1 Schwoifsch I	Falte I	Jantholzweie	Sportf. (Bom)
3 Trebnig I	Hetos I	Jantholzweie	Platz (Lobs)

I. Jugendmannschaften:		auf Vereinar:	
10 <sup>00</sup> Breg I J.	Sparta I J.	Breg	Wende II
1 Süd I J.	Union I J.	Deutsch-Ossa	Falte
3 Sturm I J.	Möde I J.	Krieten	

II. Jugendmannschaften:		auf Vereinar:	
12 Riders I J.	Dels I J.	auf Vereinar	Wadel
3 Ohlau I J.	Sileta I J.	Leerdentel	Früh
1 Streblen I J.	Stem I J.	Gräßchen	Klapper
3 Gienlaub I J.	Fortuna I J.	Tschögnig	Gräßch

III. Jugendmannschaften:		auf Vereinar:	
12 Union II J.	West III J.	Deutsch-Ossa	Wende II

#### Bezirksnachrichten.

Montag, den 23. Oktober, Spielanstellung, Übungen dazu: 8 Uhr: B. f. S. mit Paß von Leibner; 8<sup>15</sup>: Sportgenosse Richter (Sparta), Gieblit (Dels) und Wäfel (B. f. S.); 8<sup>30</sup>: Sportgenosse Kahl (Riders); 8<sup>45</sup>: Vertreter von Falte; 9 Uhr: Sportgenosse Wadel (Sturm) und Vertreter von Sturm und Sparta; 9<sup>15</sup>: Sportgenosse Klapper (Süd); 9<sup>30</sup>: Sportgenosse Wende I, Leberhausen (1922) und Kirmis (Vorwärts); 9<sup>45</sup> Uhr: Sportgenosse Faltin, Josef (Gienlaub) und Mahler (B. f. S.). Nichterfahrenen wird bestraft.

Sportgenosse Feste (Gienlaub) wird wegen Nichterscheinens in der Sitzung mit 25 Mark, Sportgenosse Springer (Möde) wegen unvorsichtigen Benehmens mit 50 Mark bestraft.

Freie Turnerschaft Weiskirch hat die Mannschaft zurückgezogen. Die Vereine Giesia, Diana, Rinken, Sturm (Schmidfeld) und Fortuna (Tschögnig) werden aufgeführt, innerhalb 8 Tagen den Bundesbeitrag für 1922 an den Bund abzugeben. Der Posthumus ist dem Sportgenossen Quarg bis 30. Oktober vorzuliegen, andernfalls erfolgt Disqualifikation.

Sämtliche Spiele am Sonntag, den 22. Oktober, freigen ohne Parteei.

#### Schwerathletik.

Die diesjährigen Bezirkswettkämpfe finden am 5., 12. und 19. November von 9-2 Uhr vormittags in der Festungshalle statt. Offen für alle Bezirksmitglieder. Am 5. November starten nur Schüler und Jugendliche und nur im Ringen, erstere in einer Klasse, letztere in fünf Klassen (85, 100, 115, 130 Pfund und darüber). Am 12. und 19. November treffen sich sämtliche Sportgenossen über 18 Jahre im Gewichtstheben (Rierrampf) und Ringen in 5 Klassen (110, 120, 135, 150 Pfund und darüber). Starkeid wird für Schüler und Jugendliche nicht erhoben. Sonst ist Startgeld für eine Übung 30 Mark, für beide Übungen 60 Mark. Nachmeldungen und Meldungen ohne Startgeld werden nicht angenommen. Meldeschluß ist am 29. Oktober. Meldungen sind zu richten an Sportgenossen W. Wende, Breslau, Gemalderstraße 14, 4. Stod. Als Preise werden laut Bezirksbeschl. nur Bücher über Sport, Wirtschaft und Sozialpolitik auszugeben. Jede gemündete Auskunft erteilt der Bezirksvorsitzende: A. Grzmehle, Breslau 6, Johannisstraße 25.

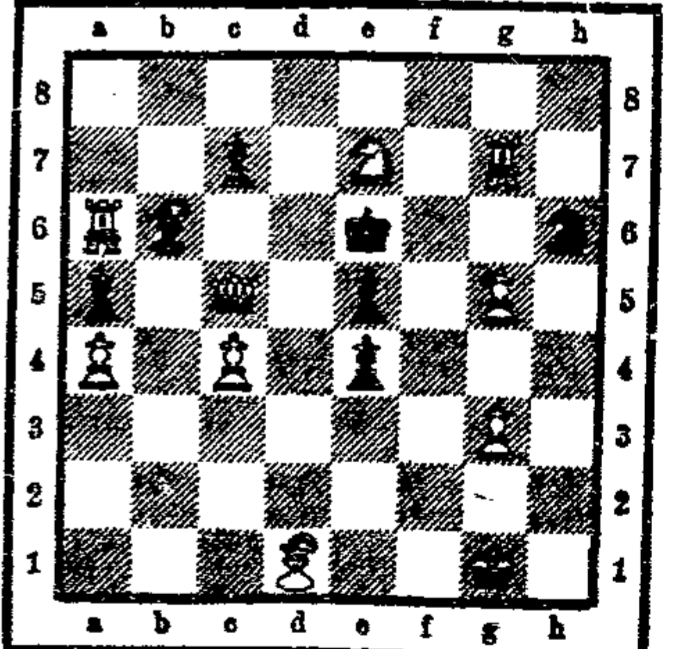
Die Bezirksleitung.

### Schach

Bearbeitet vom Arbeiter-Schachverein Breslau.

Problem Nr. 43.

E. B. B. e. l., Dresden. (Original)



Matt in zwei Zügen.

Wei: Kg1, Dc5, Td6 und g7, Ld1, Ba4, c4, g5 und g6. Schwarz: Ke6, Sh6, Lb6, Ba5, c7, e4 und e5.

Partie Nr. 43.

Spanisch.

Wei: Schwarz (Nürnberg).		Schwarz: Roth (Leipzig).	
1. a3-a4	e7-e5	10. Dd5-d1	e7-e5
2. Sg1-f3	h6-h5	11. h3-h4	f7-f6
3. Lf1-b5	a7-a6	12. Sf3-h3	e5-e4
4. Lb5-a4	g8-f6	13. f3-f4	e4-e3
5. 0-0	b7-b5	14. f4-e5	Sf6-e4
6. Ld4-b3	e7-d6	15. f5-e6	d4-d3
7. d3-d4	h6-h5	16. Kg1-h1	Sd4-g4
8. c3-c4	h5-h4		Schwarz hat die Partie
9. d4-e5	h4-h3		meistert gepilzt.

Erfragen und Lösungen sind zu richten an Oskar Baran, A. Mühlentstraße 13.